

COULEUR

AUSGABE 4
WINTER 2017



Sind wir sicher?

S.12

SICHERHEIT IM 21. JAHRHUNDERT.
WIE BIG DATA UND HYBRIDER
KRIEG UNSER ZUSAMMENLEBEN
PRÄGEN.

S.4

Der Cyberraum als trojanisches Pferd

Welche Gefahren und Risiken die Durchdringung unseres Lebens mit digitaler Technik birgt.

S.12

Hybrider Krieg

Wie Russland in der Ostukraine kämpft – und was das für uns bedeuten kann.

S.14

Schengen an der Grenze?

Warum die Wiedereinführung innerer Grenzkontrollen unsere Sicherheit nicht erhöht.

2018
*Rudolfina
Redoute*

Faschingsmontag

12. Februar

Wiener Hofburg

*www.rudolfina-
redoute.at*



INHALT



4 DER CYBERRAUM ALS DAS TROJANISCHE PFERD DES 21. JAHRHUNDERTS?

Harald Felgenhauer über die Wirkung der Digitalisierung auf unsere Sicherheit.

8 Wofür wir Sicherheit brauchen. Lukas Mandl (KRW) mit einigen Gedanken zu Sicherheit, Verteidigung und Gesellschaft.

10 MKVer in der Wirtschaft. Mini-Serie über unternehmerisch tätige MKVer.

12 Hybrider Krieg – der Testfall läuft vor unserer Haustür. Stefan Haböck über die Situation in der Ostukraine und was sie für uns bedeutet.

14 Schengen und innere Sicherheit. Elias Kindl zur Frage, welche Auswirkung innere Grenzkontrollen auf die Sicherheit haben.

17 Seht Gottes Zelt auf Erden. Der Deutsche Orden in seinen Charismen der Sicherheit.

20 Waffenrecht in Österreich. Alexander Putzendopler (ASG) zum aktuellen Stand und zur laufenden Debatte.

22 Wie sicher ist Österreich? Einblicke in die Sicherheit der kritischen Infrastruktur Österreichs.

24 Im Netz gefangen? Gerhard Laga (BDB) im Gespräch über Gefahren im Netz und wie man damit umgeht.

25 Grenz-Sicherheit: End of Pipe ist teuer. Herbert Geyer (AUK) mit Überlegungen zum Zusammenhang zwischen Wohlstand und Sicherheit

26 Sind wir bereits datenschutzfit? Harald Walser (RRL) zur neuen Datenschutz-Grundverordnung und ihren Auswirkungen auf Firmen und Vereine.

28 Glossen

29 Bücher

30 Leserbrief und Comic

EDITORIAL

Sicherheit. Nach Maslov eines der menschlichen Grundbedürfnisse. Doch was bedeutet dieser Begriff heute eigentlich? Klar scheint zu sein, dass er mit „mehr Polizei auf der Straße“ noch nicht erschöpfend behandelt worden ist.

Nein, wir müssen weiter denken. Natürlich spielt der Grenzschutz eine Rolle, selbstverständlich hat der Begriff eine große militärische Dimension. Aber was, wenn ein möglicher Feind gar keine Soldaten mehr schickt, sondern schlicht und ergreifend mit einer Truppe Hackern in die Computersysteme unserer Energieversorgung eindringt und uns quasi mit einem Mausklick den Strom abdreht?

Ja, unsere Sicherheit liegt heute sehr stark in den Händen der IT-Experten. Was das heißt, zeigt sich aktuell in der Ostukraine. Aber auch Österreich ist keine Insel der Seligen mehr. Wir haben uns bemüht, möglichst viele Aspekte rund um dieses heiße Thema zu beleuchten. Ob es uns gelungen ist, möge die geneigte Leserschaft beurteilen.

Ich wünsche eine interessante Lektüre!



PHILIPP JAUERNIK (FRW)
REDAKTION



DER CYBERRAUM ALS TROJANISCHES PFERD DES 21. JAHRHUNDERTS?

BIG DATA BEZEICHNET PRIMÄR DIE VERARBEITUNG VON GROSSEN, KOMPLEXEN UND SICH SCHNELL ÄNDERNDEN DATENMENGEN. ALS SCHLAGWORT WIRD DER BEGRIFF IN DEN MASSENMEDIEN ABER AUCH FÜR ZUNEHMENDE ÜBERWACHUNG DER MENSCHEN SOWIE DIE INTRANSPARENTE AUTOMATISIERUNG VON ENTSCHEIDUNGSPROZESSEN IN SOFTWARE VERWENDET.

Von MMag. Harald Felgenhauer.

In der Geschichte findet sich in un-schöner Regelmäßigkeit das Phäno-men, dass sich viele Menschen ganz plötzlich von einer neuen Sache be-geistern lassen, ohne ihre Herkunft und möglichen nachteiligen Folgen zu prüfen. Den alten Griechen war das Problem gut bekannt und sie ha-ben es im Mythos vom Trojanischen Pferd von Generation zu Generation weitererzählt. Gibt es auch heute weit verbreitete Scheinvorstellun-gen, die uns eines Tages teuer zu ste-hen kommen könnten, und welche könnten das sein?

Die wahrscheinlich herausragende Entwicklung unserer letzten Jahr-zehnte war die Digitalisierung. Dass heute Informationen weltweit und beinahe kostenfrei verfügbar sind, ist eine Veränderung in un-seren Lebensbedingungen, die nicht einmal mit der Automobilisierung, der Elektrifizierung oder auch der Industrialisierung, eher schon mit der Erfindung des Buchdrucks ver-gleichbar sind. Nur, dass diese Pro-zesse sich über viele Jahre und zum Teil Generationen hingezogen ha-ben, während derzeit die Kinder

ihren Eltern erklären können, wie man mit der Technik von heute umgeht.

Und bei so einer rasanten Entwick-lung ist es auch nicht verwunderlich, dass wir – ein bisschen wie die Kin-der vor dem Christbaum - die neuen elektronischen Geräte und Anwen-dungen bestaunen, voll der Freude über die neuen Möglichkeiten, die uns plötzlich zur Verfügung stehen. Und so ist es auch kein Wunder, dass wir uns kaum Gedanken darüber machen, wo denn das Internet und mit ihm der ganze schöne Cyber-raum herkommen.

AM WIEVIELTEN TAG HAT ER DAS INTER- NET GESCHAFFEN?

Ist das Internet vom Himmel gefal-len? Wurde es in einem Akt bisher nicht gekannter Großmütigkeit von jemandem zur Verfügung gestellt? Hat es sich einfach im Zusammen-wirken von technischem Fortschritt und kommerzieller Chancennut-zung ergeben? Oder gibt es das In-ternet und den Cyberraum zu einem

ganz bestimmten Zweck, den wir nur noch nicht durchschaut haben? Wenn unsere Kinder sich eine neue App herunterladen, dann klären wir sie auf: „Wenn Du für das Pro-dukt nicht bezahlst, dann bist Du das Produkt“. Wir wollen sie damit zur Vorsicht erziehen, nicht alles ungeprüft zu verwenden, weil, auch wenn eine App keinen Preis hat, dann hat sie trotzdem einen Wert, nämlich für den, der an die Daten des Users herankommt. Wie schaut es aber mit dem Internet insgesamt aus? Wer hat es finanziert und ge-baut? Und zu welchem Zweck steht es uns zu sehr günstigen Konditio-nen zur Verfügung?

Dass bei der Entwicklung des Cy-berraums das US-Verteidigungs-ministerium seine Finger im Spiel gehabt hat, hat sich mittlerweile he-rumgesprochen. Von Wikipedia er-fahren wir, dass mittels der Defense Advanced Research Projects Agency (DARPA) Forschungsprojekte für die Streitkräfte der Vereinigten Staaten finanziert wurden, die we-sentliche Entwicklungsschritte hin zum globalen Informationsnetz auf den Weg brachten. Das damals revolutionäre dezentrale Konzept des DARPA-Net enthielt schon die grundlegenden Aspekte des heuti-gen Internet.

Die Zielsetzung von DARPA, ein dezentrales Netzwerk zu errichten, das unterschiedliche US-amerikani-sche Universitäten miteinander ver-binden konnte, war sicherlich auch der militärischen Überlegung ent-sprungen, das verteilt gespeicherte, aber untereinander vernetzte Re-chenzentren eine höhere militä-rische Ausfallsicherheit mit sich brachten. Die Frage ist, ob hier das militärische Denken aufhörte oder ob nicht doch die Überlegung

(Weiter auf der nächsten Seite.)



Beispiel: Umfassende Interoperabilität und Kommunikation zwischen den Untereinheiten im urbanen Umfeld will das projektierte Heterogeneous Urban RSTA Team (HURT) des Information Processing Technology Office der Defense Advanced Research Projects Agency gewährleisten.

mitschwang, durch das selektive Abschalten des Informationsnetzes auch Einfluss über die Nutzer desselben ausüben zu können. Und wenn man sich daran erinnert, dass Militärs schon immer in den Kategorien „Schwert und Schild“ gedacht haben, dann liegt diese Vermutung nahe.

WIE KONNTEN FACEBOOK UND GOOGLE SO GROSS WERDEN?

Während die Rolle des US-Militärs in der Schaffung der Grundlagen des Internet inzwischen also gesichertes Wissen ist, wurde die Involvierung der Geheimdienste in der Entwicklung der Anwendungen, die das Internet von heute ausmachen, weit weniger herausgearbeitet. Das änderte sich schlagartig im Sommer 2013, als aus dem Nebel der Internet-Historie die Erkenntnis auftauchte, dass viele der großen Softwareunternehmen, die sich in ihren jeweiligen Bereichen durchgesetzt und jetzt beinahe Monopolstellung haben, in intensivem Kontakt mit US-Geheimdiensten standen und stehen. Durch die Enthüllungen von Edward Snowden, der die Vereinbarungen zwischen

Softwareunternehmen und Geheimdiensten über Backdoors und sonstige Datendiebstahlmöglichkeiten aufgezeigt haben, wurde die zuvor nur vermutete strukturelle Kooperation zwischen den großen Firmen und den geheimen Diensten evident.

Nach dem großen Snowden-Wachmacher sind weitere Informationen zur Struktur der Datenabschöpfung im Internet aufgetaucht, wenngleich diese nicht so spektakulär eingeschlagen haben. Nafeez Ahmed hat 2015 auf Insurge Intelligence, einer crowdfinanzierten Journalismus-Plattform, behauptet, Sergey Brin und Larry Page, die Google-Gründer, hätten 1994 ihre „web crawling and page ranking application“, die bereits die Kernkomponente der späteren Google-Suchmaschine enthielt, mithilfe eines Programms der National Science Foundation (NSF), der NASA und von DARPA entwickelt, die neben anderen privaten Geldgebern aufgetreten seien. Parallel dazu hätte die „Intelligence Community“ ein Programm für „Massive Digital Data Systems (MDDS)“ gefahren. Dieses Programm habe das Ziel verfolgt: „to manage data management technologies several terabytes to petabytes of data“ inklusive dem „query processing, transaction management, metadata management, storage management, and data integration.“ Auch wenn damals involvierte Wissenschaftler und später Google selbst die Bedeutung der Geheimdienste in der Entwicklung der Google-Suchmaschine verneinen, konkludiert Ahmed: „Google, then, had been enabled with a „significant“ amount of seed-funding and oversight from the Pentagon: namely, the CIA, NSA, and DARPA.“ Auch eine spätere regelmäßige Zusammenarbeit sowie Personalwechsel zwischen Google und den

Geheimdiensten werden in dem Artikel angeführt.

Nun, wir werden sehen, ob diese Verbindungen und allfällige militärisch-geheimdienstliche Zielsetzungen hinter Firmen wie Google in Zukunft bestätigt werden. Dass Gelder, die von militärischen oder geheimdienstlichen Stellen freigegeben werden, auf jeden Fall auch zur Erreichung militärischer oder geheimdienstlicher Zielsetzungen eingesetzt werden, liegt auf der Hand. Auf jeden Fall lassen es Berichte wie der von Nafeez Ahmed angeraten erscheinen, beim täglichen Gebrauch von Google, WhatsApp, Facebook und wie sie alle heißen, die Überlegung mitschwingen zu lassen, in welchem Kontext die eigenen Daten später einmal eine vorher ungeahnte Verwendung finden könnten.

IMPLANTS, BEACONS UND SCHLÄFER

Dass wir nicht allzeit von der Verfügbarkeit der zunehmend über das Internet gesteuerten Infrastrukturen ausgehen können, ist in diesem Frühjahr wieder Thema geworden. Im April hat die dubiose Hackergruppe ‚The Shadow Brokers‘ veröffentlicht, dass unauffällige kleine Skripts, „Implants oder „Beacons““ genannt, rund um den Globus in strategisch wichtigen Netzwerken verdeckt deponiert wurden, damit diese Netze für die NSA jederzeit gestört werden können. Kommentatoren verglichen diese Scripts, über die in Rechner oder Router eingebrochen wird, mit sogenannten „Schläfern“ im operativen Agentenbereich. Schon 2014 hat der Vorsitzende der österreichischen E-Control in einer ARD-Dokumentation davor gewarnt, dass die NSA das Stromnetz abschalten könne. Und wenn in der Steuerungssoftware von so



MMAG. HARALD FELGENHAUER

ist Direktor des Systemic Foresight Institute in Wien (www.sysfor.org), das sich um realistische Situationsanalyse und Erkennung der wesentlichen Zukunftstreiber bemüht. Er hat einen Hintergrund in strategischer Analyse, Organisationsentwicklung und Sicherheitspolitik auf EU-Ebene und in Österreich.



Strommasten in Himberg. Das Stromnetz fällt unter kritische Infrastruktur. Sein Ausfall kann fatale Folgen haben. FOTO: M.DUFEK, CC BY-SA 3.0

entscheidenden Infrastrukturen von vornherein Soll(ein)bruchstellen eingebaut sind, dann kann neben der NSA auch jeder andere fitte Geheimdienst oder Hackergruppe den Österreichern das Licht ausknipsen: „Hacker wollten den Blackout des Westens“ berichtet folgerichtig die Mittelbayrische Zeitung im Jahr 2014.

ZUFALL ODER PLANUNG? EIN ALTMEISTER GIBT ENTSCHEIDENDE HINWEISE.

Ist die Verwendung des Cyberraums zu Kontroll- und Sabotagezwecken eine Fehlentwicklung, oder ist so etwas mit dieser Technologie beinahe schon zwangsläufig zu erwarten? Ein Blick zurück stimmt hier nachdenklich. Schon 1968 warnte der prophetisch begabte (oder einfach nur sehr gut informierte?) Zbigniew Brzeziński: „It will soon be possible to assert almost continuous surveillance over every citizen and to maintain up-to-date, complete files, containing even most personal information about the health or

personal behaviour of the citizen, in addition to more customary data.“ Und: „These files will be subject to instantaneous retrieval by the authorities.“

Eine bemerkenswerte Aussage aus einer Zeit, in der die für das Internet essentiellen Paketvermittlungstechniken gerade erst entwickelt wurden. Was können wir aus dieser Aussage, und aus den oben geschilderten Wahrnehmungen, mitnehmen?

CONCLUSIO: EIN ENDE DER BLAUÄUGIGKEIT

Zunächst empfiehlt sich eine Abkehr von der unreflektierten Begeisterung über die neuen digitalen Gadgets, die uns eine realistische Sicht auf die Vor- und Nachteile dieser neuen Technologie nimmt. Wie immer sollte mit der Einführung einer neuen Technik auch eine adäquate Technologiefolgenabschätzung einhergehen, und diese sollte in realistischer Weise die Bedeutung des Cyberraums als eine neue Machtprojektionsfläche im 21. Jahrhunderts einbeziehen. Sich bei

der Übernahme einer neuen Schlüsseltechnologie vor allem von den Marketingprofis der beteiligten Firmen anleiten zu lassen, könnte sich als grober Fehler erweisen.

Dann erscheint es angebracht, den Umgang mit Informations- und Kommunikationstechnologie auf die Bereiche zu begrenzen, in denen sie ihre enormen Vorteile ausspielen können. Als Begleiter in allen Lebenslagen taugt eine cyberbasierte Technologie nicht, weil diese strukturell auf Überwachung und Steuerung ausgerichtet ist. Offline ist der neue Luxus, hört man immer öfter, und wir sollten versuchen, uns diesen Luxus in möglichst vielen Lebensbereichen zu erhalten.

Zum Schluss werden wir lernen müssen, die beachtlichen Möglichkeiten des Cyberraums wie auch seine potentiell gravierenden Nachteile zu erfassen. F. Scott Fitzgerald hat schon 1945 erkannt, dass es in Zukunft wichtig sein wird, „zwei gegensätzliche Ideen gleichzeitig zu verfolgen, ohne dabei verrückt zu werden“. Ein ausbalanciertes Bewegen im Cyberraum ist vielleicht die konkreteste Möglichkeit, diese Fähigkeit ganz praktisch zu üben.

WOFÜR WIR SICHERHEIT BRAUCHEN

In kaum einem anderen Bereichen wird der Wert von Entscheidungsprozessen nach dem Motto „global denken, lokal handeln“ so deutlich wie im Bereich Sicherheit: Menschen wollen und sollen sich sicher fühlen. Nicht nur in ihrem Land oder in ihrer Wohnsiedlung, sondern auch in ihrem Heim. Sicherzustellen, dass Menschen im wortwörtlichen Sinn ruhig schlafen können, gehört zu den ureigensten Aufgaben des Staates.

Neben den Vereinigten Staaten von Amerika ist die Europäische Union der große Anziehungspunkt. Immer öfter kommt es vor, dass Menschen, die sich etwas aufbauen wollen, das in Europa schaffen wollen. Das stellt Europa insgesamt ein gutes Zeugnis aus, wie der damalige Präsident des Deutschen Bundestages, Norbert Lammert, um den Höhepunkt der Migrationskrise sinngemäß betont hat. So kommt den Entscheidungsträgerinnen und -trägern in Europa auch eine besondere Verantwortung zu, Prozesse menschen- und sachgerecht zu steuern, den überalternden Kontinent weder abzuschotten, noch die hier lebenden Menschen zu überfordern; und schon gar nicht Einwanderung ohne Kriterien zuzulassen. Das alles sind Dinge, die seit Jahr und Tag in den Vereinigten

Staaten als erfahrenes „Einwanderungsland“ selbstverständlich sind, und in Kanada, und in Australien...

Was hat das mit dem Thema Sicherheit zu tun? Sehr viel! Nicht weil die Polemik stimmte, dass jede einwandernde Person ein Sicherheitsrisiko wäre (oder jene, dass Einwanderung und Sicherheit nichts miteinander zu tun hätten), sondern weil jede Prozesssteuerung auf die Sicherung der Außengrenzen der Europäischen Union angewiesen ist. Dass ebendiese nicht lückenlos und nicht effektiv funktioniert, wenn sie nach unterschiedlichen Maßstäben in unterschiedlichen Nationalstaaten und unterschiedlicher zeitlicher Taktung unterschiedlich versucht wird, hat spätestens die Migrationskrise gezeigt.

Das haben Rainer Nowak, Christian Ultsch und Thomas Prior in ihrem kürzlich im Molden Verlag erschienenen bemerkenswerten

zeithistorischen Werk namens „Flucht“ eindrucksvoll dargestellt. Damals ging es nicht um Einwanderung im oben beschriebenen Sinn, sondern um Mittel und Wege, für eine nie dagewesene Anzahl an Menschen die staatliche Dienstleistung zu erbringen, zu prüfen, ob Asylgründe vorliegen, oder andere Titel für den Aufenthalt in einem EU-Mitgliedsstaat, oder nicht.

GROSSE UND KLEINE DINGE - ETWA EINE ARMEE?

Wenn wir davon ausgehen, dass José Manuel Barroso mit seinem Diktum zum Abschied als Kommissionspräsident Recht hatte mit dem Hinweis, dass die Europäische Union „in kleinen Dingen klein und in großen Dingen groß“ sein sollte, dann dürfen wir fest annehmen, dass die Sicherung der Außengrenzen und insgesamt die militärischen Fragen zu den „großen Dingen“ gehören.



**MAG. LUKAS
MANDL (KRW)**

hat Kommunikationswissenschaften in Fächerkombination mit Handelswissenschaften studiert und kämpft für Österreich in Europa. Zuvor wurde er zwei Mal durch Vorzugsstimmen in den niederösterreichischen Landtag gewählt. Seit Juni ist er auch Vizepräsident der Assembly of European Regions (lukasmandl.eu).



Gemeinsame Helikopterübung „Black Blade“: Bereits seit geraumer Zeit finden immer wieder gemeinsame Übungen europäischer Streitkräfte statt.

FOTO: EUROPEAN DEFENCE AGENCY



Unter dem Dach der Europäischen Verteidigungsagentur findet eine Entwicklung effektiver Verteidigungskapazitäten sowie die Koordination der Rüstungsaktivitäten der Mitgliedstaaten statt. Dazu gehören auch gemeinsame Übungen wie hier „Bison Counter“, eine Operation von 1000 Soldaten aus 21 EU-Staaten in Schweden 2016. FOTO: EUROPEAN DEFENCE AGENCY

Wenn wir Österreicher das thematisieren, dann darf zu Recht eingewendet werden, dass gerade Österreich Besonderheiten aufweist, etwa die Neutralität und das Fehlen einer NATO-Mitgliedschaft. Andererseits hat das vergleichsweise kleine Österreich an gemeinsamen militärischen Lösungen besonders viel Interesse, und beweist in zahlreichen internationalen – wie etwa dem KFOR-Einsatz im jüngsten Staat Europas, in der Republik Kosovo, Spezialkompetenzen, Kooperationsfähigkeit und Feingefühl. „Europäische Armee“ ist ein großes Wort und sollte nicht leichtfertig verwendet werden. An einer gemeinsamen auch militärischen Sicherheitsarchitektur für die Europäische Union wird aber zu arbeiten sein. Der praktische Grund dafür ist, dass die Bürgerinnen und Bürger, für die es die EU ja gibt, in diesem Bereich tatsächlich das Gemeinsame brauchen.

„Lokal“ sicher zu sein, also „ruhig schlafen zu können“, wie oben dargestellt, hängt in zunehmendem

Maß davon ab, im Internet nicht abgezockt zu werden, gegen Hackerangriffe – sei es mit dem Ziel des Finanzbetrugs oder mit jenem des Absaugens von Daten – geschützt zu sein. Das Bewusstsein dafür ist noch viel zu gering, die Entwicklungen sind so rasant dass es unmöglich ist, in der Familie oder in der Schule immer auf dem neuesten Stand zu sein. Deshalb ist Vernetzung so wichtig, dass der die Eine dem Anderen hilft und umgekehrt. – Hierin zeigt sich, dass die Relationen zwischen Menschen in allen Zeiten das beste und verlässlichste Sicherheitsnetz bieten.

SICHERHEIT IST MEHR

Militärische Sicherheitskräfte an Krisenherden und an den Außen Grenzen der Europäischen Union, polizeiliche Kräfte und andere hauptamtlich um unsere Sicherheit bemühte Menschen sind unverzichtbar, aber nicht hinreichend. Zu jener Sicherheit, die wir alle genießen wollen, leisten auch alle ihren Beitrag. Insofern ist etwa die Initiative „Gemeinsam sicher“ des

heimischen Innenministeriums Gold wert, weil es Menschen in Sicherheitsberufen mit anderen Menschen zusammenbringt. Das stärkt das Sicherheitsnetz nachhaltig.

Und dann dürfen wir uns in Österreich glücklich schätzen, über ein dichtes Sicherheitsnetz durch ehrenamtliche Profis zu verfügen – besonders im Rettungs- und im Feuerwehrwesen. Österreich hat weltweit das dichteste Netz an Freiwilligen Feuerwehren – fast 340.000 Mitglieder bundesweit erbringen unentgeltlich eine Dienstleistung, die einen finanziellen Wert von über 65 Mio. Euro jährlich entspricht (Quelle: Bundesfeuerwehrverband)! Die Wertschätzung, der Respekt, und auch die Berücksichtigung dieser Strukturen in wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Abläufen, sind obligatorisch zur Erhaltung und Entwicklung dieser großen Stärke unseres heimischen Sicherheitssystems, mit dem wir europa- und weltweit eine Vorbildfunktion einnehmen.

Serie:

„MKVer IN DER WIRTSCHAFT“



MICHAEL LENZ
K.Ö.St.V. Karantania Klagenfurt

*goUrban e-Mobility GmbH - www.gourban.at
Schubertring 4/7, 1010 Wien*

„Ein ökologisches E-Roller Sharing-System für die Zukunft“, gründete Michael Lenz im März 2016 mit seinen beiden Partnern in Wien. Die drei hatten erkannt, dass das akute Platzproblem in modernen Großstädten zu immer mehr Verkehr und hohen Umweltbelastungen führt. Abhilfe soll nun „goUrban“ schaffen! Per App lassen sich die schicken Zweisitzer bequem reservieren und nach der Fahrt wieder abstellen. Die E-Roller von goUrban dürfen mit einem B-Führerschein betrieben werden und können derzeit in den Bezirken 1 bis 9 und Teilen des 18. Bezirks gemietet werden. Insgesamt 50 E-Roller sind seit September in Wien unterwegs – Gute Fahrt!“

SEBASTIAN NEIER-GROSS
K.Ö.St.V. Rhaetia Innsbruck

*:maxine GmbH
Wilhelm-Greil-Straße 23, 6020 Innsbruck*

„Gerade die Anfangsphase ist immer besonders spannend!“, erzählt Sebastian Neier-Gross euphorisch von seiner Tätigkeit. Mit seiner :maxine GmbH agiert er als Immobilienentwickler, das heißt, von Grunderwerb über die Entwicklung und Fertigstellung bis zur Vermietung einer Immobilie ist alles mit dabei. Daraus hat sich ein Erfahrungsschatz entwickelt, der mittlerweile von Kunden im ganzen Bundesgebiet und darüber hinaus nachgefragt wird. Das Unternehmen selbst wurde bereits von seinen Eltern gegründet und kann somit auch auf über 30 Jahre Markterfahrung zurückblicken. Vom kleinen bis zum großen Projekt – eins ist immer mit dabei, nämlich Leidenschaft.



CLEMENS MARIA SCHUSTER
K.Ö.St.V. Laurinia Graz zu Bad Radkersburg

*BON PLEIN AG, <https://bonplein.co/>
Hönggerstrasse 39, CH-8037 Zürich*

Im Schw.StV wurde der klassische Philologe zum „Hofrat“ umbenannt und ihm damit seine digitale Identität @hofrat verliehen. Der Experte für Kampagnen, Fundraising, Social Media und digitale Kommunikation gründete vor fünf Jahren eine Digital-Strategie-Agentur in Zürich. Aktuell widmet er sich mit seinem neuen Unternehmen BON PLEIN der „Civic Technology“: Jeder User ist auch Bürger. Mit der digitalen Durchdringung erwachsen Staaten und Unternehmen neue Aufgaben und Verantwortung. Daraus ist ein politisches Start-up entstanden: Auf politik.ch werden Abstimmungsverhalten und Interessenbindungen von Parlamentariern laufend aufbereitet und visualisiert.

Kartellbrüder in ganz Österreich gehen unterschiedlichen Berufen nach – einer der vielen Aspekte, die die Breite und den Reichtum unseres Verbandes ausmachen. Bundesweit ist dabei zu beobachten, dass die Anzahl der Unternehmer in unseren Reihen erfreulicherweise stetig wächst. Mit dieser Miniserie möchte die Redaktion einige davon vor den Vorhang holen.

MAG. ANTONIUS KARL GINALSKI

K.Ö.St.V. Vindobona II

*C. G. Mode Ginalski KG – www.cgmode.at
Währinger Straße 138, 1180 Wien*

Seit rund zwei Jahren ist Antonius Ginalski im Unternehmen, welches 2011 von seiner Gattin als Dessousladen begründet wurde, aktiv. Seine Aufgaben im Familienunternehmen bewegen sich von „Mädchen für eh alles“ bis hin zu „Controlling & Marketing“. Sein Mitwirken hat offenbar Gutes bewirkt, die bereits dritte Filiale ist in Planung. Die meiste Freude bereitet ihm trotz (oder gerade wegen?) viel Schreibtischarbeit „der Kontakt zu Kunden und Geschäftspartnern“. Während die Währinger Zentrale mittlerweile generell Damenmode anbietet, sind in der Innenstadt-Filiale auch ausgefallene Stücke wie Anzüge in Christbaumoptik für den Herrn erhältlich.



WERNER ASCHENBRENNER

K.M.V. Lützw Leoben

*Lorem Ipsum web.solutions GmbH – www.loremipsum.at
Grieskai 10, 8020 Graz*

Wenn man Werner Aschenbrenner nach seinem Tätigkeitsbereich in seiner Firma fragt, antwortet er mit vollem Ernst: „Kaffee trinken“. Was auf die Schnelle etwas nach öffentlichem Dienst klingt, löst sich, wenn man etwas genauer hinsieht. Der studierte Theologe und Betriebswirt gründete 2006 gemeinsam mit Karl Kowald (SCL) die Lorem Ipsum web.solutions GmbH, welche Web-Präsenzen optimiert – egal ob in Bezug auf Technik, Content oder sonstiges. Er selbst ist unter anderem für den Vertrieb zuständig, wo er im Rahmen der vielen Kundengespräche eben viel Kaffee trinken darf. Überzeugen kann man sich von seinen Fähigkeiten im neuen Online-Gesamtverzeichnis.

ANDREAS HALTMEYER

K.Ö.St.V. CAROLINA ST.PÖLTEN

*Haltmeyer GmbH – www.haltmeyer.at
Schillerplatz 1, 3100 St.Pölten*

„Im direkten Kontakt mit den Kunden gibt es viel Raum für Kreativität“, erzählt Andreas Haltmeyer. Er führt seit 2004 das 1965 von seinem Vater gegründete Druckereiunternehmen. Heute ist Haltmeyer das größte überregionale Reprografie und Digitaldruck-Unternehmen Österreichs mit 70 Mitarbeitern und Standorten in Wien, St. Pölten, Graz, Innsbruck und Salzburg. Den Großteil macht das Firmenkundengeschäft aus, aber auch für Private gibt es maßgeschneiderte Angebote. Den Schwerpunkt legt Haltmeyer dabei auf umfassende Servicierung seiner Kunden, speziell im Digitaldruck mit Schwerpunkt Variabler Datendruck und Print-on-demand.



HYBRIDER KRIEG - DER TESTFALL LÄUFT VOR UNSERER HAUSTÜR

Wien liegt näher zur Westgrenze der Ukraine als zu Vorarlberg. Und dennoch bemerkt hierzulande kaum jemand, was dort geschieht, wie ein hybrider Krieg Europa zu destabilisieren versucht - und die Ukraine das große Opfer bringt.

27. April 2007. Eine Serie von Cyberangriffen erschüttert Estland. Banken, Regierungswebsites, Newsportale und Online-Services werden lahmgelegt. Zeitgleich mit Protesten ethnischer Russen rund um die Verlegung einer Statue in Tallinn. Der Angriff galt als zweitgrößter Cyberangriff seit Titan Rain 2003.

20. Juli 2008. Wenige Wochen vor dem Einmarsch russischer Truppen in Süd-Ossetien begann der Angriff auf georgische Regierungsstellen und Newsportale. In den darauffolgenden Wochen ereigneten sich Sabotageakte an Pipelines und aserbaidischen Nachrichtenstationen.

Februar 2014: das ukrainische Parlament setzt den pro-russischen Präsidenten Janukowitsch (dessen Berater Manafort später auch für Trump

gearbeitet hat) ab. Zeitgleich annektierte die Russische Föderation die Krim und unterstützte den bewaffneten Aufstand der Rebellen in der Ostukraine. Im März 2014 wurden die Präsidentschaftswahlen zu einem Ziel von Hackerattacken, unter anderen auf die Website der Wahlkommission. Der russische Sender Channel One berichtete vom Sieg des Rechtsaußen - Politikers Dmytro Yarosh. Der „Beweis“, dass „Nationalisten und Neonazis hinter der Revolution am Maidan standen“. In Wahrheit erreichte Yarosh 0,7 Prozent der Stimmen.

WAS HABEN DIE DIESE VORFÄLLE GEMEINSAM?

Auffällig ist die zeitliche Nähe zu Konflikten zwischen dem betroffenen Staat und der russischen Regierung. Ging es bei Estland um eine Demonstration mit plötzlichen Protesten, stand bei den Angriffen auf georgische und aserbaidische Infrastruktur ein Krieg in der Region Süd-Ossetien kurz bevor. Die Spur führte zum bekannten Verbrechernetzwerk RNB (RussianBusinessNetwork) mit Sitz in Sankt Petersburg.

Die Ukraine befindet sich seit ihrer Unabhängigkeit 1991 in einem ständigen Kampf um Selbstbestimmung und Souveränität. Von Moskau als „kleiner Bruder“ und Schutzunterworfenem betrachtet, erhoben sich

Millionen Ukrainer sowohl 2004 als auch 2014 gegen eine zu pro-russische Politik. Seit 2014 kämpft das Land in einem Krieg, der bisher 11.000 Tote und rund 4 Millionen Binnenflüchtlinge forderte.

Erwähnt sei, dass die Ukraine gegen umfassende Sicherheitsversprechen und volle Souveränität über die Landesgrenzen 1994 mit Beschluss des Budapester Memorandums seine Atomwaffen freiwillig abgab. Die Zusicherung der vollen territorialen Integrität kam von den USA, Großbritannien und: Russland.

EINE CYBERANGRIFFSWELLE ROLLT ÜBER DIE UKRAINE

Dezember 2015 – zwei Tage vor Weihnachten, Mitternacht: Die Lichter in der Ukraine gehen aus. 100.000 Haushalte sind stundenlang ohne Strom und Heizung – mitten im tiefsten Winter.

Allein binnen zwei Monaten 6500 Cyberangriffe auf ukrainische Institutionen, seit Anfang 2014 eine nie dagewesene Welle an Hackerattacken auf Unternehmen und Infrastruktur. Der Shut-Down war der vorläufige Höhepunkt der Angriffe auf die Stabilität des Landes. Cyberangriffe und Hackerattacken sind in der Zeit des globalisierten Netzes nicht ungewöhnliches. Es trifft große Konzerne



**STEFAN
HABÖCK**

ist Mitgründer und Mitglied des Vorstandes der Ukrainian-Austrian-Association und beschäftigt sich intensiv mit den Staaten Osteuropas. Der Schwerpunkt liegt seit den Maidan-Protesten auf der Ukraine und ihrer politischen und wirtschaftlichen Entwicklung.



Als Zeichen des friedlichen Protestes stellte Markiyan Matse sein Piano, lackiert in den Farben der Ukraine und der EU, am Maidan auf. Im Bild spielt er vor der schwer bewaffneten und berüchtigten Riot Police. FOTO: OLEG MATSEKH

genauso wie Staaten und politische Organisationen. Oft sind es verbrecherische Absichten, manchmal auch politisch motivierte Aktionen.

DER HYBRIDE KRIEG - NEU UND GEFÄHRLICH

Hier zeichnet sich das gesamte erschreckende Szenario eines durchorchestrierten und gezielt ausgeführten Angriffs. Die Ukraine dient als Labor des perfekten hybriden Krieges, einer Mischform aus herkömmlicher Kriegsführung mit unkonventionellen Methoden.

Mit Beginn der Verhandlungen über das EU-Ukraine-Assoziierungsabkommen, das dem Land wirtschaftliche Stabilität ermöglichen sollte, startete in Russland eine Propagandawelle enormen Ausmaßes. Das UN-Hochkommissariat für Menschenrechte schrieb dazu „Media monitors indicated a significant raise of propaganda on the television of the Russian Federation, which was building up in parallel to developments in and around Crimea. Cases of hate propaganda were also reported.“. Anfang 2014, noch vor der Absetzung Janukowitschs, wurden seitens des russischen Generalstabes Pläne präsentiert, die die „Wiedereingliederung der Krim“ in Russland vorsahen und etwaige Unruhen in der Ukraine dazu nutzen sollten, aktiv zu werden.

Die Annexion erfolgte völkerrechtswidrig: Soldaten ohne Hoheitszeichen besetzten Einrichtungen auf der Krim, die „Abstimmung“ fand unter Ausschluss von offiziellen Wahlbeobachtern statt.

In der Ostukraine kommt es durch die Rebellen zur Nutzung russischer Waffensysteme. Ein Mangel an Waffen, Munition, Soldaten und Versorgung ist in dem isolierten Gebiet nicht erkennbar. Beim Abschuss von Flug MH17 kam ein russisches BUK-Gerät zum Einsatz. Moderne Panzer wie T-72 sowie das Raketenwerfersystem Panzir-S1 wurden ebenso gesichtet wie Mörser russischen Typs S42 – bestätigt durch die OSZE.

Ganz zu schweigen von den vielen russischen Söldnern (bekannt hier vor allem Igor Strelkow) und Soldaten, die offiziell auf „Urlaub“ sind oder sich vom Dienst freistellen ließen. Die OSZE bestätigte, dass zwei gefangengenommene Kämpfer aus der Ostukraine Mitglieder einer regulären russischen Militäreinheit sind. Verknüpft werden die jahrelangen massiven Cyberangriffe gegen ukrainischen Behörden, Energieinfrastruktur und Haushalte also mit einem Bodenkrieg in der Ostukraine, der Annexion eines Landesteils und einhergehender Propaganda und

Desinformation sowohl in Russland als auch in Europa.

EUROPA HAT LANGE WEGGESEHEN - DIE PROPAGANDA SICKERT LANGSAM, ABER WIRKSAM EIN

Für den Laien ist es oft schwierig zwischen staatlicher Propaganda und „echten Nachrichten“ zu unterscheiden. Mittlerweile ist aber bekannt, welche Nachrichtenseiten als Instrument gebraucht werden. Beispielgebend seien hier das Kremlin-finanzierte Russia Today und das Portal Sputnik. Besonders zweites zeichnet sich durch starke Verbreitung in rechtsextremen Kreisen aus. Die Liste ist aber leider länger.

Die Nutzung von Onlinediensten zur Propaganda um Europa zu destabilisieren hat in den vergangenen Jahren einen Höhepunkt und einen Grad der Professionalisierung erreicht, die jeden aufrütteln müsste. Leider ist das Thema politisch und medial in Österreich nicht präsent.

Es muss uns klar sein, dass ein Ziel die Destabilisierung Europas ist. Der, bei allen Problemen, Erfolg des Systems von Freiheit, Rechtsstaat, Marktwirtschaft, Bürgerrechten und Demokratie lässt die Alarmglocken bei Systemen schrillen, die eben nicht auf diesen Werten aufbauen. Während vor allem die Länder Osteuropas aus brutalen Erfahrungen jahrzehntelanger Knechtschaft sich dessen bewusst sind und auch die baltischen Staaten bezüglich Cyberwar und dem Krieg in der Ukraine Gegenmaßnahmen vorbereitet haben, ist das Thema hierzulande unbedeutend. Europas Schwäche und Zögern bezahlen die Menschen in der Ukraine gerade mit einem großen Preis.

Das Experiment läuft.

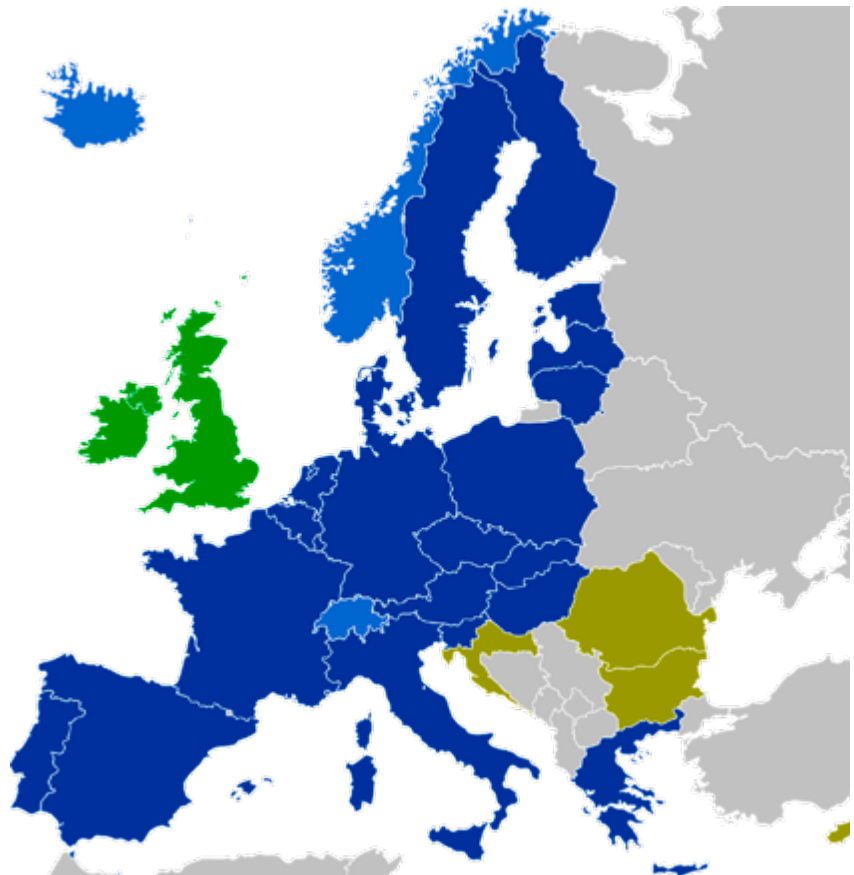
SCHENGEN UND INNERE SICHERHEIT.

Was haben Deutschland und Kroatien gemeinsam, obwohl Deutschland Mitglied des Schengenraumes ist und Kroatien nicht? In beiden Ländern herrschen an den Grenzübergängen flächendeckende Kontrollen. Dies geschah aufgrund der großen Flüchtlingsbewegung im Sommer/Herbst 2015. Diese Kontrollen sollten eigentlich im Februar 2017 enden, jedoch vollzieht die bayerische Regierung weiterhin Grenzkontrollen an der deutsch-österreichischen Grenze und möchte dies auch bis zum kommenden Frühjahr so beibehalten.

Bayerns Innenminister Joachim Herrmann hält Grenzkontrollen innerhalb der EU auch wegen der Terrorgefahr für unabdingbar. „Zwar hat sich der Migrationsdruck durch Flüchtlinge in den letzten Monaten verringert. Die aktuellen Anschläge stellen aber gegenüber dem Jahr 2015 eine nochmals verschärfte und damit neue Lage dar, auf die Europa reagieren muss“, sagte der CSU-Politiker der Deutschen Presse-Agentur in München. Damit verknüpft die bayerische Regierung die Frage der Grenzkontrolle mit der Frage der Sicherheit. Nun, wie wirksam sind Grenzkontrollen im Hinblick auf die innere Sicherheit eines Landes? Die Wirksamkeit von Grenzkontrollen wurde auch in Österreich

ins Spiel gebracht. FPÖ-Europaabgeordneter Harald Vilimsky ortete von September bis Dezember 2015 einen 35 prozentigen Rückgang. Ab September 2015 werden die wichtigsten Grenzübergänge wie Nickelsdorf,

Spielfeld oder am Walserberg kontrolliert. Stimmt diese Behauptung? Dies kann bestritten werden, da dies zum einen nicht der Zweck von Grenzkontrollen sei und zum anderem die längeren Trends seit 2007 nichts



Die Staaten des Schengener Abkommens Vollanwenderstaaten (blau), Nicht-EU-Schengenmitglieder (hellblau), Zukünftige Schengen-Mitglieder (gelb), Kooperierende Staaten (grün).



ELIAS KINDL

studiert Politikwissenschaft (Master) an der Universität Wien und ist insbesondere in den Themengebieten Osteuropa, Europäische Union und Europäisierung spezialisiert. Darüber hinaus ist er Mitglied einiger Think Tanks und Expertengruppen.

dergleichen zeigen. Grenzkontrollen zielen auf besondere Personengruppen ab und werden meist nur stichprobenartig durchgeführt. Sie können höchstens abschreckend wirken. Denn selbst, wenn die Kontrollen abschreckend wirken würden, würden wir dies bei den Zahlen sehen. Die Kontrollen wurden 2007 an der österreichische Ostgrenze ausgesetzt, da Tschechien, Slowakei, Ungarn und Slowenien dem Schengenraum beitraten. Nun müsste der Argumentation von Vilimsky und Herrmann folgend, die Kriminalität in diesen Jahren im Vergleich zu 2006 steigen. Dies ist allerdings nicht der Fall. Bei Wohnungseinbrüchen sind die Zahlen relativ konstant. 2006 gab es 16.548 Einbrüche. Wenn man diese Zahl mit der Zahl von 2014 vergleicht (17.109 Fälle von Wohnungseinbruch), kann man annehmen, dass sich Grenzkontrollen zumindest in diesem Bereich bezahlt gemacht hätten. Auch, wenn man sich die ersten Jahre ansieht, gab es einen leichten Anstieg nach der ersten Grenzöffnung. Von 18.896 Einbrüchen im Jahr 2006 auf 21.165 Einbrüche im Jahr 2009. Bereits damals wurde von einzelnen Politikern und Medien ein Zusammenhang mit der Schengen-Öffnung vermutet. Doch die Zahl sank in den Folgejahren deutlich unter jenen Wert vor Aufhebung der Grenzkontrollen. 2014 zählte die Polizei bundesweit 17.109 solcher Delikte.

Einen noch deutlicheren Trend gab es in Niederösterreich. Dort ist die Einbruchkriminalität bereits in den ersten Jahren nach der Grenzöffnung deutlich zurückgegangen. Von 4000 Einbrüchen in Wohnungen und Häuser im Jahr 2007 auf 2532 im Jahr 2010, danach ist sie wieder leicht angestiegen.

Allerdings übersieht man hier die Zahlen dazwischen, z.B. 15.442 Fälle von Wohnungseinbrüchen 2012.



Die Grenze zwischen Österreich und Italien am Brenner im Jahr 1978. Mit Schengen fielen endlich die Grenzkontrollen zwischen Tirolern nördlich und südlich des Brenners weg. FOTO: PIERGIULIANO CHESI

Diese Zahl ist der niedrigste Wert seit 2005. Deswegen kann man annehmen, dass das Aufheben der Grenzkontrollen durch das Beitreten der östlichen Nachbarn zum Schengenraum keine Auswirkungen auf die Zahlen der Wohnungseinbrüche hat.

Die entgegengesetzte Entwicklung, als durch Hermann und Vilimsky angegeben, kann man beim Diebstahl von Kraftfahrzeugen beobachten. Hier gibt es einen stetigen Rückgang. Der Diebstahl von Kraftfahrzeugen ging zwischen 2005 bis 2014 zurück, von 10.446 Fällen auf 3347 Fälle.

Auch die Gesamtkriminalität sank signifikant. Diese sank von 604.229 Fällen 2005 auf 527.692 Fälle 2014, welches auch der niedrigste Wert seit 2005 wäre. Weniger kriminelle Delikte gab es nicht nur im Westen des Landes wie etwa in Tirol, sondern auch in der Steiermark oder in Niederösterreich – also jenen Regionen, die direkt an der geöffneten Ostgrenze liegen. Im Burgenland und Wien blieben die Zahlen weitgehend stabil.

Besonders das Beispiel der Diebstähle von Kraftfahrzeugen zeigt den unschätzbaren Vorteil des Schengenraumes. Das Schengen führt auch zu effizienteren Ermittlungen. Denn mit der Umsetzung des Abkommens

wurde die grenzüberschreitende polizeiliche Zusammenarbeit verstärkt und eine europaweite Datenbank aufgebaut, in der nicht nur gesuchte Personen, sondern auch gestohlene Fahrzeuge abrufbar sind. Die Europäische Fahrzeug Identifizierungs-Datei wäre hier zu nennen.

Doch was ist mit dem Terror, wird man einwenden. Denn in der CSU in Bayern sieht man die Grenzkontrollen auch als wirksames Werkzeug gegen den Terror. Hier dient der Fall Amri in Deutschland und seine Flucht über die Ländergrenzen als Beispiel. Das Problem ist, dass es hier keine validen Zahlen gibt, anders als bei der Kriminalität. Hier kann man nicht feststellen, ob es mit Grenzkontrollen gelungen wäre diese Flucht zu verhindern. Meiner Meinung nach ist hier die Diskussion vom Ende her gedacht.

Hier sind die offenen Grenzen bei der Flucht der falsche Ansatz, meiner Meinung nach. Hier ist die mangelnde Zusammenarbeit der europäischen Geheimdienste gefragt, um solche Attentate zu verhindern. Kritiker des Schengenraumes sollten sich darum bemühen, die föderalen Strukturen auf geheimdienstlicher Ebene zu verändern. Denn bekannt war der abgelehnte tunesische *(Weiter auf der nächsten Seite.)*

Asylbewerber Amri schon im Frühsommer 2015. Schon damals war er in salafistischen Kreisen unterwegs. 2016 warnte der tunesische Geheimdienst zweimal die deutschen Behörden vor Amri. Auch das nordrhein-westfälische Landeskriminalamt schätzte ihn als gefährlich ein. Hier funktionierte das Zusammenspiel zwischen den Behörden in Dortmund und Berlin nicht.

Auch eine weitere Alternative, die die belgische Regierung ins Spiel gebracht hat, erscheint wenig zuversichtlich. Diese will Reiseverkehrsunternehmen vom kommenden Jahr an verpflichten, Informationen von Passagieren auf internationalen Verbindungen zu speichern - nicht nur bei Flugreisen, auch im Bahn-, Bus- und Schiffsverkehr. Über die belgischen Grenzen

sollen dann nur noch Reisende kommen dürfen, die ein auf ihren Namen ausgestelltes Ticket haben. Die Registrierungspflicht hätte ihm die Flucht auf jeden Fall schwerer gemacht. Warum werden die belgischen Pläne in Deutschland und anderen EU-Ländern kritisch gesehen? Weil Aufwand und Ertrag nach Meinung vieler Experten nicht in einem angemessenen Verhältnis stehen. In der EU-Kommission wird zum Beispiel argumentiert, dass die Kontrolle von Tickets und Ausweisdokumenten an Bahnhöfen zu langen Warteschlangen führen dürfte. Diese könnten zu einem neuen Ziel für Selbstmordattentäter werden. Bahn- und Busunternehmen fürchten den zusätzlichen Aufwand für die Kontrollen, der sie zu höheren Ticketpreisen zwingen könnte. Nach Angaben des Bundesinnenministeriums liegen

den deutschen Sicherheitsbehörden zudem keine Anhaltspunkte darüber vor, dass der grenzüberschreitende Hochgeschwindigkeitszugverkehr einer höheren Gefährdung unterliegt, als der andere Eisenbahnverkehr in Deutschland.

Man sieht zusätzlich zu den immensen Kosten, die Grenzkontrollen verursachen würden, hätten sie auch keinen Nutzen. Wie wir anhand der Zahlen gesehen haben, gibt es keinen Zusammenhang zwischen der Grenzöffnung und der Kriminalität. Auch haben wir gesehen, dass eine Schließung des Schengenraumes auch beim Terrorismus keinen Sinn ergeben würde und hier vielmehr eine verstärkte Zusammenarbeit der Geheimdienste gefragt wäre.

„Was bringt uns die Industrie denn überhaupt?“



Eine Initiative der
Industriellenvereinigung

iv

**2 von 3
Arbeitsplätzen
in Österreich.**

Und was ist Ihre Frage?
→ **iv.at/dialog**

MEINE ARBEIT. UNSERE INDUSTRIE.

„SEHT GOTTES ZELT AUF ERDEN“ – DER DEUTSCHE ORDEN IN SEINEN CHARISMEN DER SICHERHEIT

Von Mag Bernhard Huber und Sebastian Schack.

Als der Deutsche Orden während des dritten Kreuzzuges im Jahr 1190 mit einem behelfsmäßigen, der Legende nach aus Schiffssegeln errichteten Hospital vor Akkon im Heiligen Land seinen Anfang nahm, erahnte niemand seine von Brüchen durchzogene Entwicklung, die sich unserer heutigen Rückschau auf eine über 825-jährige Geschichte erschließt.

Zunächst als 1191 päpstlich anerkannte Hospitalbruderschaft, dann ab 1198 als geistliche Ritterkommunität neben den älteren, ebenso im Hl. Land gegründeten Ritterorden der Johanniter – später Malteser – und der Templer sowie schließlich seit 1929 als rein geistliche Ordensgemeinschaft, hat der Deutsche Orden durch seine vielgestaltige Wirkgeschichte die Entwicklung weiter Teile Europas und des Mittelmeerraumes mitgeprägt.

WEGGEMEINSCHAFT VON „PILGERN MIT PILGERNDEN“

Um von „Charismen der Sicherheit“ sprechen zu können, ist der Blick auf die Fundamente seiner Spiritualität zu richten, für welche die nachkonziliäre Entwicklung zwei Begriffskluster geformt hat: Zum einen gibt sich der Orden im „peregrinantes peregrinantibus“ den Anspruch einer Weggemeinschaft von „Pilgern mit Pilgernden“, was Vieles bedeuten kann. Gemeint ist jedenfalls ein größtmögliches Angebot von Schutz und Sicherheit für all jene, welche eben ohne die ausgebauten Schnellstraßen des guten Lebens



vorwärtskommen müssen. Seit den Tagen von Akkon sind daher alle Ordensmitglieder mit und für Suchende, Hoffende, Bedürftige oder Notleidende auf dem gemeinsamen Trampelpfad christlicher Verheißung unterwegs. Zweitens stiftet das Wortpaar „helfen und heilen“ Identität: Während sich im „helfen“ das spontane Engagement der Gründer des Hospitals zeigt, welche keine Heiligen waren, sondern als Geschäftsleute aus Bremen und Lübeck angesichts der Notlage des Ortes und der Zeit ihr „Laienapostolat“ bewiesen, bekennend daneben das „heilen“ den konsequenten



MAG. BERNHARD HUBER (BAJ)

(Text)



UND

SEBASTIAN SCHACK (FRW)

(Interviews)

arbeiten gemeinsam am Hochmeisteramt des Deutschen Ordens in Wien.



Deutschordensschloss Gumpoldskirchen (NÖ), gegr. 1241

Sendungsauftrag, welcher den Menschen in seiner körperlichen wie seelsorglichen Bedürftigkeit ernst nimmt. Pilger wurden versorgt und Verletzte behandelt, um den Menschen als Ebenbild Gottes zu bezeugen: „Was ihr für einen meiner geringsten Brüder getan habt, das habt ihr mir getan.“ (Mt 25, 40). Der Prolog der ursprünglichen Regel

verpflichtete daher zu dieser hospitalitas „gegenüber den Gästen, den Pilgern und den armen Menschen“ sowie „gegenüber den Kranken, die im Hospital liegen“, als Ausdruck des karitativen Sicherheitscharismas.

HELFFEN, HEILEN, SCHÜTZEN

Mit „schützen“ oder „wehren“ wird dieses Begriffspaar des „helfen und heilen“ ebenso auch zu einer Trias erweitert, welche eine zusätzliche Dimension anspricht: Im Kontext der Kreuzzüge trat neben die genannte hospitalitas auch die militia, neben die karitative eben die militärische Sicherheit. Während den heiligen Stätten der Christenheit

und den Pilgern Sicherheit ad intra durch den schützenden Ort des Hospitals galt, gewährleistete die wehrhafte Verteidigung nach außen notwendigerweise Sicherheit ad extra. Dem Deutschen Orden der Frühzeit – wie auch den Johannitern – stand klar vor Augen, dass sich ihr Angebot karitativer Sicherheit nicht im romantischen Arkadien abspielte, sondern angesichts der Gegebenheiten des Hl. Landes zur Kreuzzugszeit selbst ergänzungs- und schutzbedürftig blieb. Sie betrieben daher kein Outsourcing, wie etwa die Templer keine karitativen Einrichtungen unterhielten bzw. Antiniten oder Hospitaliter keinen Militärdienst leisteten, sondern stellten sich den damaligen Anforderungen.

Beide Charismen der Sicherheit ergänzten sich im Ursprungsauftrag des Ordens, wobei die militia darüber hinaus reichte und damit eine prekäre limitische Struktur einführte. Wie weit reichte dieser Sicherheitsauftrag ad extra, ab wann definierte der bewaffnete Kampf einen gänzlich abweichenden Begriff von „Sicherheit“ für die gesamte Christenheit oder diente gar expansiver Glaubensmission? Der Prolog sprach eben auch von diesem Auftrag für „Ritter und Streiter“ gegen die „Feinde des Glaubens“. Die Ereignisgeschichte des kriegerischen Deutschen Ritterordens vom Hl. Land bis nach Preußen und



Brüder des Feldspitals versorgen Verwundete vor Akkon im Hl. Land (Federzeichnung, 16. Jh.)



Der Orden der Brüder vom Deutschen Haus Sankt Mariens in Jerusalem, kurz Deutscher Orden, wurde 1190 in Akkon gegründet. Dem Orden der Brüder gehört die Kongregation der Schwestern an. Die Ordensgemeinschaft gliedert sich in Provinzen, die von alters her auch Balleien genannt werden. Dem Deutschen Orden ist das Institut der Familiaren angegliedert. Die Mitglieder dieses Instituts sind Personen weltlichen oder geistlichen Standes, die nach Kräften die Werke des Ordens mittragen, seine Unternehmungen fördern und seine Ideale zu verwirklichen trachten. Im „Helfen und Heilen“ ist das dienende Leitmotiv des Deutschen Ordens angegeben. Unter diesem Motto steht der Orden seit über 800 Jahren Hilfesuchenden zur Seite, bietet Kranken und Schwachen ein Heim und begleitet junge wie alte Menschen auf ihrem Lebensweg. www.deutscher-orden.at, www.familiarenot.at



Familiaren und Insignien des Deutschen Ordens

ins Baltikum zeigt deutlich dessen zeitgebundene Umsetzung, wie dies auch etwa in den territorialen Bestrebungen anderer Orden in Europa, dem Hl. Land oder gar Südamerika zutage trat.

Mit dem wegfallenden Kontext der Kreuzzugszeit löste sich auch diese spannungsgeladene Dialektik auf. Erst ab dem 19. Jh. gab es wieder merkbare Ansätze, den hospitalen Gründungsauftrag karitativer Sicherheit wahrzunehmen. Neben den noch bis zur Regeländerung 1922 bestehenden Ritterbrüdern führte ab der Mitte des 19. Jhs. die Reorganisation der Ordenspriester zu vermehrter Seelsorgetätigkeit und wurden wieder Deutschordensschwwestern aufgenommen. In ihren vielfältigen Aufgabenbereichen unterstützen die Ordensgemeinschaft

die Institute der Ehrenritter seit 1865, der Marianer von 1871 bis 1918 und nach mittelalterlichen Vorläufern auch die 1929 wiedererrichteten und 1965 als päpstliches Institut anerkannten Familiaren. Für Österreich können als Beispiele das Krankenhaus und ein Seniorenwohnheim in Friesach, die Gesundheitstherme Wildbad mit Rehabilitationsklinik sowie die Seelsorge an über 10 Standorten genannt werden.

BIS HEUTE DEM URSPRUNGS-AUFTRAG TREU

In seinen Einrichtungen der Ausbildung, Fürsorge, Pflege und der Pastoral bleibt der Deutsche Orden bis heute diesem hospitalen Ursprungsauftrag karitativer Sicherheit treu und damit auch aktuell in der von Papst Franziskus propagierten Kirche des Feldlazarettes. Als Zeichen der Hoffnung hält dieses Zelt der Ewigkeit dem schnellen Wandel des ökonomischen Anzählens das bleibend Beständige, zutiefst in der Gottesebenbildlichkeit veranlagte Menschliche entgegen. Mit ihrem Einsatz dafür bekennen alle Ordensmitglieder, dass in den vieltausenden Gesichtern der zu Betreuenden unserer Tage bis zurück zu den kranken und verletzten Pilgern im Zelt vor Akkon stets Christus als Schutzsuchender aufleuchtet.



Deutschordensspital Friesach (Ktn.), gegr. 1203



Mag. Dr. JOHANNES M. MÜHLECHNER, LL.M. (LBS)

ist Rechtsanwalt mit den Spezialgebieten Wirtschaftsrecht und Kirchenrecht in Linz. Seit 2009 ist er Familiare des Deutschen Ordens, seit 2013 Komtur der Komturei „An Enns und Salzach“. Er engagiert sich besonders als Rechtsreferent des Hochmeisters und als Mitglied der Eigenrechtskommission des Deutschen Ordens. Sein persönliches Credo zum Deutschen Orden lautet: „Das Schönste, was mir der Herrgott neben meiner Frau geschenkt hat, ist der Deutsche Orden.“ Am Deutschen Orden schätzt er besonders die gelebte Spiritualität.



Dipl.-Ing. Mag. ANDREAS KAISER LL.M. (BbW)

ist Priester und Pfarrmoderator in der Pfarre Ober St. Veit in Wien 13. Neben der Tätigkeit als Verbindungsseelsorger ist er seit dem WS 2015/16 auch Orstverbandsseelsorger für den Wiener Cartellverband. Seit 2016 ist er Familiare des Deutschen Ordens. Die Stärke des Ordens sieht er in der Möglichkeit, dass spirituell suchende Menschen auch ausserhalb der Pfarre die Möglichkeit haben, ihren Glauben in vertrauter, historisch gewachsener Atmosphäre zur Sprache zu bringen und ihre Lebens- und alltäglichen Glaubenserfahrungen austauschen zu können. Dies stärkt in der Aufgabe, Licht für die Welt und Salz für die Erde zu sein.

WAFFENRECHT IN ÖSTERREICH

Nach jedem mit Feuerwaffen verübten Verbrechen – wie etwa dem furchtbaren Massaker in einer Disco in Frankreich im Jahr 2015 oder jüngst bei einem Countryfestival in Las Vegas – wird der Ruf nach einer Verschärfung der Waffengesetze sowohl auf europäischer Ebene als auch in den einzelnen Staaten laut. Kaum einem Bürger ist aber bekannt, was nun erlaubt ist und was nicht.

Vorweg: Dieser Beitrag kann lediglich einen cursorischen Überblick bieten. Aufgrund vieler Ausnahmen und Sonderregelungen sowie den jeweils unterschiedlichen Einzelfällen sollte – wie generell bei Rechtsfragen – ein kundiger Berater hinzugezogen werden.

WAFFENKATEGORIEN

Das österreichische Waffengesetz kennt vier verschiedene Kategorien für Waffen, die für deren rechtliche Behandlung relevant sind. Es sind dies: Waffen der Kategorie A, verbotene Waffen und Kriegsmaterial. Darunter fallen insbesondere auch vollautomatische Waffen, Vorderschaftrepetierer („Pumpguns“), Schalldämpfer oder versteckte Waffen wie etwa Stockdegen. Deren Besitz ist im Normalfall generell verboten.

Schusswaffen der Kategorie B sind Faustfeuerwaffen, Repetierflinten und halbautomatische Schusswaffen, die nicht Kriegsmaterial oder verbotene Waffen sind. Hauptanwendungsbereich für diese Kategorie sind Pistolen und Revolver. Die Kategorien C und D letztlich umfassen Langwaffen (Gewehre), wobei unter die Kategorie C Waffen mit gezogenem Lauf (Büchsen – Kugelgewehre), unter die Kategorie

D Schusswaffen mit glattem Lauf (Flinten – Schrotgewehre) fallen.

WER DARF WAS?

An diese Kategorisierung sind unterschiedliche Rechtsfolgen geknüpft, deren wichtigste die Bestimmungen zu Erwerb und Besitz sind. Wie bereits erwähnt, ist der Erwerb von Waffen der Kategorie A im Normalfall verboten. Um Waffen der Kategorie B zu erwerben und zu besitzen, ist die Ausstellung eines waffenrechtlichen Dokumentes notwendig. Es gibt hier Waffenbesitzkarten und Waffenhäpse.

Die Waffenbesitzkarte ist einem verlässlichen EWR-Bürger dann auszustellen, wenn er das 21. Lebensjahr vollendet hat, eine Rechtfertigung für den Besitz (zB Selbstverteidigung innerhalb von Wohn- und Betriebsräumen oder Sammlung) glaubhaft machen kann. Weiters ist ein psychologisches Gutachten darüber nötig, dass der Antragsteller nicht dazu neigt, unter psychischer Belastung mit Waffen unvorsichtig umzugehen.

Schließlich muss noch der Nachweis des sachgemäßen Umganges mit Schusswaffen erbracht werden, dies wird oft als „Waffenführerschein“ bezeichnet, welcher unter anderem nach Schulungen durch



Der Allgäuer Jagdwaffenhersteller Mauser entwickelte 1898 das berühmte 98er-Verschlussystem, das bis heute bei Büchsen dominant ist.

Waffenhändler ausgestellt wird. Die Waffenbesitzkarte berechtigt zum Besitz und Erwerb von Waffen der Kategorie B. Dies bedeutet, dass man diese Waffen innerhalb von Wohn- oder Betriebsräumen mit Zustimmung des zu ihrer Benützung Berechtigten bei sich hat. Auch darf man die Schusswaffe ungeladen in einem geschlossenen Behältnis und zum Zweck sie von einem Ort zu einem anderen zu bringen bei sich haben, also transportieren.

Um eine Schusswaffe der Kategorie B bei sich zu führen (geladen bei sich haben) ist ein sogenannter Waffenhäpse notwendig, dessen Erwerb an die gleichen Voraussetzungen wie der der Waffenbesitzkarte geknüpft ist, jedoch zusätzlich noch der Bedarf zum Führen einer Schusswaffe nachgewiesen wird. Dieser Bedarf kann etwa in der Bedrohung des Antragstellers bestehen, wobei



Klassisches Beispiel einer Flinte – Waffe der Kategorie D. Sie werden zur Jagd auf Federwild sowie Hasen verwendet.

BEIDE FOTOS: JOSEPH GASTEIGER / JOH. SPRINGER'S ERBEN

derzeit durch die Verwaltungspraxis die Ausstellung von Waffenpässen nahezu ausgeschlossen ist. Auf beide Dokumenten kann lediglich eine begrenzte Anzahl von Waffen eingetragen werden, im Normalfall zwei Waffen der Kategorie B. Eine Erweiterung ist aber möglich.

Gewehre der Kategorien C und D können grundsätzlich ab dem 18. Lebensjahr erworben und besessen werden, hat der Käufer aber kein Waffendokument, so hat der (gewerbliche) Waffenhändler die Waffe erst nach drei Tagen („Abkühlphase“) auszuhändigen. Geführt werden dürfen solche Waffen nur mit Waffenpass bzw einer gültigen Jagdkarte oder Mitgliedern von traditionellen Schützenvereinen.

Allen Schusswaffen ist gemein, dass sie im zentralen Waffenregister (ZWR) registriert werden müssen. Waffen der Kategorie A und B werden automatisch von der Waffenbehörde registriert, Kategorie C und D Waffen vom Eigentümer bei einem zertifizierten Waffenfachhändler. Kommt man dieser Registrierungspflicht nicht nach, begeht man eine zu ahndende Verwaltungsübertretung. Darüber hinaus enthält das Waffengesetz aber auch Strafbestimmungen, die mit Freiheits- oder Geldstrafe bedroht werden. Beispielsweise ist der

unbefugte Besitz oder das unbefugte Führen von Waffen der Kategorie B strafbar, ebenso der unbefugte Besitz von verbotenen Waffen oder Kriegsmaterial.

STRENGERES WAFFENRECHT – WENIGER VERBRECHEN?

Aus dem oben Dargelegten erkennt man, dass das österreichische Waffenrecht – zumal im EU-Vergleich – relativ liberal ist, was den Besitz und den Erwerb von Feuerwaffen angeht. Die Berechtigung zum Führen von Waffen ist demgegenüber aber schwer zu erlangen. Auch führt der Verstoß gegen diese Bestimmungen zu teilweise drakonischen Strafen. Würde also eine Verschärfung des Waffenrechtes tragische Verbrechen wie angeführt verhindern?

Nach Ansicht des Autors nicht. Die beispielhaft genannten Verbrechen etwa wurden beide mit vollautomatischen Gewehren („Sturmgewehren“) verübt, die ohnedies Waffen der Kategorie A darstellen und verboten sind (übrigens auch in Nevada). Eine Verschärfung der Bestimmungen betreffend legaler Waffen wäre überhaupt nicht zielführend, als hier ohnehin illegal gehandelt wurde. Auch ist nicht anzunehmen, dass jemand, der ein Tötungsdelikt verüben will, das ohnedies mit langen Haftstrafen bedroht

ist, sich um Verwaltungsübertretungen bzw Strafen aufgrund waffenrechtlicher Bestimmungen kümmern wird: Dies ist dem Terroristen nämlich genauso egal wie es dem Einbrecher die Sachbeschädigung am Haustor ist, das er zum Zwecke des „Ausräumens“ zerstört.

Abschliessend sei dem geneigten Leser noch die Langzeitstudie „More guns - less crime“ von John Lott anempfohlen, welcher die Auswirkungen von strengeren bzw liberaleren Waffengesetzen auf die Verbrechensanzahl mit Schusswaffen eingehend dargelegt.



MAG. ALEXANDER F. S. PUTZENDOPLER (ASG)

*Alexander Putzendopler (*1986) studierte in Graz Rechtswissenschaften. Vor der Advokatur in unterschiedlichen Branchen tätig, darunter Wissenschaft, Handel und Interessensvertretung. Seit März 2017 ist er in Wien als selbständiger Rechtsanwalt tätig, Spezialisierung auf die Gebiete Allgemeines Zivilrecht, Vereinsrecht, Wohnrecht und Waffenrecht.
www.putzendopler.at*

WIE SICHER IST ÖSTERREICH?

Lang vorbei sind die Zeiten, als ein Land mittels einiger Soldaten an der Grenze gesichert werden konnte. Die kritische Infrastruktur liegt heute längst im Netz. Doch wie geht Österreich damit um?

VON PHILIPP JAUERNIK (FRW)

Weihnachten 2015 – ukrainische Energieversorger werden mit einer Schadsoftware, die unter anderem über infizierte Powerpointpräsentationen verbreitet wird, angegriffen. Die Schadsoftware nimmt Umspannwerke vom Netz. Die Lichter für über 200.000 Haushalte in der Westukraine gehen aus.

September 2016 – auf dem Flughafen Wien muss eine Maschine auf ihrem Weg von Istanbul nach London notlanden. Die meisten Reisenden verfügen über kein Schengenvisum und dürfen daher nicht einreisen. Sie müssen die Nacht am Flughafen verbringen. In türkischen Medien entfaltet sich eine Empörungswelle. Tags darauf greift eine Gruppe von türkisch-patriotischen „Hacktivisten“ die Webseiten des Flughafens Wien an. Sie überlasten den Webserver mit einer großen Anzahl an Anfragen – ein sogenannter Distributed Denial of Service (DDoS) Angriff. Die Gruppe hat Österreich ab diesem Zeitpunkt im Visier. Es folgen Angriffe auf die Webseiten von Ministerien oder auch von Parteien. Es entsteht kein großer materieller Schaden, es werden keine Daten gestohlen. Den Angreifern geht es darum, die gekränkte Ehre ihrer Nation zu verteidigen und ihr Ego durch Veröffentlichung der „Erfolge“ zu stärken.

Oktober 2016 – das Mirai Botnet missbraucht Millionen von ungeschützten „Internet of Things“-Geräten, um mit ihnen einen großflächigen DDoS-Angriff auszuführen. Es gelingt den Angreifern Services wie Twitter und Netflix für mehrere Stunden zu Fall zu bringen. Ein Sicherheitsforscher twitterte: „In relativ kurzer Zeit haben wir es geschafft, ein System, das dafür gebaut war, einem Nuklearangriff standzuhalten, anfällig für Angriffe von Toastern gemacht“.

Mai 2017 – Der Erpressersoftware „Wannacry“ verschlüsselt innerhalb eines Tages über 230.000 Computer in über 150 Ländern und fordert Lösegeld. Betroffen sind die Anzeigen der deutschen Bahn ebenso aber auch zahlreiche Computer des britischen National Health Services. Einige Spitäler können nur mehr den absoluten Notbetrieb aufrechterhalten. Die Schadsoftware nutzt dabei eine Schwachstelle aus, die schon in einem im März 2017 ausgelieferten Sicherheitsupdate geschlossen worden wäre.

Juni 2017 – Die Schadsoftware „NotPetya“ greift die Wirtschaft in der Ukraine an. Die Angreifer kompromittierten eine Firma, die Software für das Ausfüllen der Steuererklärung herstellt und lieferten an alle Kunden – de facto die gesamte

ukrainische Wirtschaft – einen Verschlüsselungstrojaner aus. Dieser breitet sich in den betroffenen Firmen teilweise im ganzen Konzern aus. Weltweit wird der Schaden auf über eine Milliarde Dollar geschätzt.

Das sind einige Beispiele für groß angelegte Cyber-Angriffe in der letzten Zeit. Auch in Österreich steigt die Zahl der Angriffe. Im Vergleich zum Vorjahr stieg die Zahl der angezeigten Cyberdelikte um 30,9 Prozent. In einer unlängst veröffentlichte Studie der KPMG gaben 72 Prozent der befragten Unternehmen an, im vergangenen Jahr Opfer eines Cyber-Angriffs gewesen zu sein, der ihre Geschäftsprozesse beeinflusste. Im Jahr davor waren es nur 49 Prozent.

Wie die oben angeführten Beispiele gezeigt haben, führen vor allem Angriffe auf kritische Infrastruktur – wie etwa Energieversorgung oder auch Gesundheit – zu wesentlichen Auswirkungen auf die öffentliche Daseinsvorsorge der Bevölkerung. Dies hat auch die Politik bemerkt: Im August 2016 wurde die EU-Richtlinie zur Netz- und Informationssicherheit verabschiedet. Diese Richtlinie verpflichtet die Betreiber wesentlicher Dienste unter anderem zur Einhaltung von Mindestsicherheitsstandards. Die Richtlinie ist bis

spätestens Mai 2018 in nationales Recht umzusetzen.

DIE STRUKTUREN IN ÖSTERREICH

Das Thema Cyber-Sicherheit hat mehrere Facetten. Deshalb wurden in der Österreichischen Strategie für Cyber-Sicherheit auch die Aufgaben auf mehrere Bereiche verteilt:

- Das Bundeskanzleramt ist für die strategischen Fragen im Bereich Cyber-Sicherheit verantwortlich.
- Cyber-Crime-Ermittlungen fallen in die Zuständigkeit des Innenministeriums. Hierzu wurde im Bundeskriminalamt das Cyber Crime Competence Center (C4) eingerichtet.
- Cyber-Sicherheit im Sinne des Schutzes kritischer Infrastrukturen, der Prävention und des Krisenmanagements fallen ebenfalls in die Agenden des Innenresorts. Zuständig hierfür ist das Cyber Security Center im BVT.
- Cyber-Defence und der Schutz der eigenen Netze ist Aufgabe des Bundesheers. Im Abwehramt wurde hierfür ein Cyber-Verteidigungszentrum eingerichtet. Zudem wurde ein eigenes Kommando „Führungsunterstützung und Cyber Defence“ aufgestellt – dieses steht auf derselben Stufe wie etwa das Kommando Landstreitkräfte.

Neben dieser staatlichen Stellen haben sich in der Wirtschaft „Computer Emergency Response Teams“ (CERTs) etabliert. Neben CERT.at, dem „nationalen CERT“, das nic.at (der Firma, die die österreichischen .at Domains verwaltet) betreibt, haben auch große Firmen – wie



Kritische Infrastruktur: Heute fallen darunter neben Schienen und Krankenhäusern auch Computerserver und Datenleitungen.

FOTO: TU WIEN

etwa A1 oder Raiffeisen – derartige Teams etabliert. Die ÖSCS unterstützt auch die Einrichtung von Branchen-CERTs. Das „Austrian Energy CERT“ der österreichischen Energiewirtschaft nahm Anfang November den Betrieb auf.

Die staatlichen Strukturen, das nationale CERT und die Branchen-CERTs sind untereinander vernetzt. Regelmäßige Treffen und Planspiele sollen die Zusammenarbeit im Ernstfall garantieren.

EXPERTENMANGEL ALS GRÖSSTE HERAUSFORDERUNG

All diese Strukturen haben allerdings ein gemeinsames Problem – den Expertenmangel und den fehlenden Nachwuchs. Um diese Herausforderung anzugehen, wurde 2012 die „Cyber Security Challenge“

– ein Wettbewerb für Schüler und Studenten – ins Leben gerufen. Die Idee der Challenge breitete sich über die Grenzen von Österreich aus. Inzwischen nehmen Schüler und Studenten aus 14 Nationen bei der „Hacker-Europameisterschaft“ teil. Unter www.verbotengut.at können sich Interessierte für das Qualifying 2018 anmelden.

Ist Österreich gut gewappnet? Im Rahmen der zur Verfügung gestellten Mittel wird versucht, das Beste zu erreichen. Die Anzahl der IT-Sicherheitsexperten im Land ist zwar überschaubar, sie kennen aber einander. Angesichts der zunehmenden Gefährdungslage sind jedoch Bewusstseinsbildung – vom Management bis zum Sekretariat – sowie Nachwuchsarbeit notwendiger denn je. Die Herausforderungen werden nicht kleiner.

IM NETZ GEFANGEN? SICHERHEIT IM INTERNET

Gerhard Laga (BDB) ist Bereichsleiter der WKO für E-Business und Digitalisierung. In dieser Funktion ist er einer der führenden Experten Österreichs und unter anderem für die Regierung tätig. Im Gespräch mit Richard Gansterer (TRW) spricht er über Gefahren im Netz und wie man damit umgeht.

CHANCEN UND GEFAHREN

„Die Digitalisierung revolutioniert unsere Lebenswelt genauso wie es die Elektrizität einst tat, wobei nicht nur einzelne Bereiche davon betroffen sind, die gesamte Wirtschaft verändert sich in rasanter Geschwindigkeit.“

Es ist daher für Unternehmer keine Frage des Goodwill sich mit dieser Entwicklung auseinanderzusetzen, sondern grundlegend für die Existenz der nächsten Jahre und Jahrzehnte. Dieser Umbruch zeigt sich sowohl im unternehmerischen als auch privaten Bereich: Ich kann auf meinem Smartphone sehen ob die Lichter ausgeschaltet sind, die Überwachungskameras kontrollieren und die Verriegelung der elektronischen Türschlösser prüfen. Die immer weitere Vernetzung hat aber auch die Angriffsfläche vergrößert, jedoch glauben viele Unternehmen zu „klein“ um interessant für Kriminelle zu sein.



DR. GERHARD LAGA (BDB)

ist Bereichsleiter der WKO für E-Business und Digitalisierung. In dieser Funktion betreut er unter anderem den E-Day, Österreichs größten E-Business-Event.

CYBERCRIME ANGEZEIGTE FÄLLE VON 2007 BIS 2016



Quelle: Österreichische Kriminalstatistik Datenbank

KLEINVIEH MACHT AUCH MIST

„Dabei geht es in erster Linie nicht darum, dass die Daten für die Angreifer selbst wertvoll wären, aber für ihre Opfer allemal, gerade wenn es sensible Firmendaten sind.“

Ein Hotel in Kärnten wurde zum Beispiel schon vier Mal Opfer eines Angriffs, mitten in der Saison konnten plötzlich die Gäste von über 180 Zimmern diese nicht mehr betreten, Daten wie Buchungen wurden unwiederbringlich gelöscht. „Die Gefahr sollte man also keinesfalls unterschätzen. Viele Hacker agieren dabei willkürlich nach dem Motto: Kleinvieh macht auch Mist.“

Die Thematik der IT-Sicherheit ist also fundamental. Dafür ist auch ein gewisses Geld- und Zeitbudget notwendig: Absolute Sicherheit gibt es dabei nicht, aber das Credo muss lauten es den Angreifern so schwierig wie möglich zu machen. Denn auch für Kriminelle gilt: Zeit ist Geld.

SICHER DURCH DEN DIGITALEN ALLTAG

Daher sollte man sich die entscheidende Frage stellen: „Was mache ich, wenn alle meine Daten verloren sind?“ – Eine Netzwerkunabhängige, externe Speicherung, um die Daten wiederherstellen zu können, ist letztendlich unumgänglich um auf den Extremfall vorbereitet zu sein.

Darüber hinaus sollte man weitere Vorkehrungen treffen: „Neben Updates und einer Firewall sind Passwörter die Basis.“ Diese sollten zufällig mit einem sicherheitstechnischen Mindestlevel generiert werden. Da man für jeden Zugang ein gesondertes Passwort haben sollte, bietet es sich an diese in einem Passwort-Safe, z.B. als App am Smartphone, aufzubewahren.



Zum Thema IT-Sicherheit bietet die WKO ein umfangreiches Beratungs- und Informationsprogramm. Mit dem „E-Day“ und „Digital-Now“ veranstaltet sie die größten Konferenzen Österreichs zu Digitalisierung und E-Business und durch den Fördertopf von „KMU-Digital“ werden auch finanzielle Anreize zur Weiterbildung angeboten.

GRENZ-SICHERHEIT: END OF PIPE IST TEUER

Unmittelbarer Anlass für die gewaltige Wanderungsbewegung, die im Spätsommer 2015 Europa erschütterte, war nicht der Krieg in Syrien – der tobte damals bereits gut vier Jahre.

Den Anstoß für das, was wir seither Flüchtlingskrise nennen, gab vielmehr eine Kürzung der Hungerhilfe aus dem Welternährungsprogramm der UNO in den Flüchtlingslagern rund um Syrien. Konnte die UNO etwa Flüchtlinge im Libanon 2014 noch mit Einkaufsgutscheinen für 30 Dollar am Tag unterstützen, so musste sie Mitte 2015 diese Hilfe auf 13,50 Dollar kürzen. Auch die Unterstützungen in den Lagern in Jordanien, der Türkei und in Ägypten mussten radikal zusammengestrichen werden. Zehntausende machten sich daraufhin auf den Weg nach Europa, um der Not in den Lagern zu entkommen.

Das Welternährungsprogramm der UNO ist auf freiwillige Spenden der Mitgliedstaaten angewiesen, für 2015 waren insgesamt 5,4 Milliarden Dollar zugesagt gewesen. Bis September – dem ersten Höhepunkt der Fluchtbewegung – waren nur 37 Prozent davon tatsächlich eingetroffen. Österreich hatte 2014 stolze 1,2 Millionen Euro zu diesem Programm beigetragen, für 2015 wurde dieser Betrag noch um ein Viertel gekürzt.

Wieviel diese Sparsamkeit letztlich gekostet hat, ist unbekannt. Eine Kurzstudie des Budgetdienstes im Parlament versuchte im heurigen August diese Kosten zusammenzufassen, konnte aber im Dickicht der Budgetzahlen auch die direkten

Auswirkungen aufs Budget nur annähernd eruieren. Demnach kostete das „Grenzmanagement“, also die Wiederaufnahme der Grenzkontrollen, die zur Eindämmung der Flüchtlingsflut an den Schengengrenzen verhängt wurden, 2016 bereits 69,5 Millionen Euro an Personal-, Sach- und Investitionskosten, mit weiteren 51,1 Millionen Euro schlug sich der Assistenzeinsatz des Bundesheeres zu Buche.

Tatsächlich kostet der Grenzschutz aber deutlich mehr, weil die zusätzlichen Wartezeiten an den Grenzen der Export- und Importwirtschaft, aber auch dem Tourismus nachhaltigen Schaden zufügen. Laut Gabriel J. Felbermayr, Professor am Münchner Wirtschaftsforschungsinstitut Ifo, wirken sich bereits 20 Minuten Wartezeit an der Grenze so aus wie ein zusätzlicher Zoll von 0,5 Prozent des Warenwertes. Für Waren mit geringen Handelsspannen und für Just-in-Time-Lieferungen kann das bereits den völligen Wegfall des Geschäfts bedeuten.

Die Wirtschaftskammer schätzt den möglichen Schaden für die österreichische Wirtschaft durch die Grenzkontrollen auf rund eine Milliarde Euro pro Jahr.

So gesehen wäre eine Aufstockung des Beitrags zum UNO-Welternährungsprogramms eine vergleichsweise sehr billige Lösung gewesen.

Dass End-of-Pipe-Lösungen – also die Bekämpfung von Problemen erst dort, wo sie sich letztlich praktisch auswirken – teurer und deutlich weniger effizient sind als Ansätze, die Probleme bereits bei ihrer Entstehung zu bekämpfen, ist aus dem Umweltschutz längst bekannt. Dort geht man mehr und mehr dazu über, Schadstoffe nicht erst aus den Abgasen und Abwässern herauszufiltern, sondern durch geeignete technische Methoden bereits deren Entstehen zu verhindern. Etwa durch den Einsatz nachwachsender Energieformen anstelle der Verbrennung fossiler Brennstoffe.

In der Sicherheitspolitik hat sich dieser Ansatz noch nicht durchgesetzt.



**HERBERT GEYER
(AUK)**

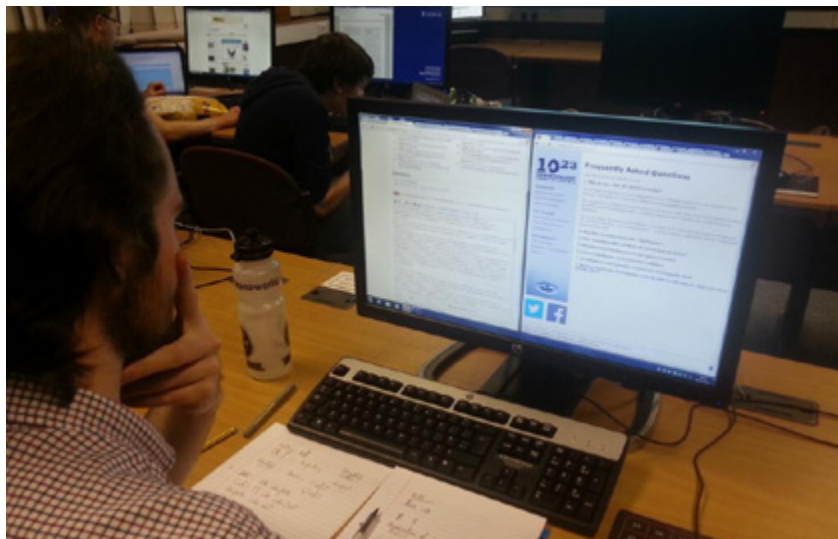
studierte Lehramt in Wien und ist Journalist. Bis zu dessen Einstellung war er Redakteur des Wirtschaftsblattes sowie ebendort Betriebsrat. Zuvor hatte er für die Wochenpresse und die Wirtschaftswoche geschrieben.

SIND WIR BEREITS DATENSCHUTZFIT?

Mit der neuen Datenschutz-Grundverordnung erlangen bereits bekannte Grundsätze aufgrund hoher Strafdrohungen eine bis dahin noch nie dagewesene Wichtigkeit. Auch Vereine müssen prüfen, inwieweit sie betroffen und welche Maßnahmen zu setzen sind.

Was haben internationale Großkonzerne mit österreichischen Mittel- und Klein(st)unternehmen gemeinsam? Sie alle sind auf die personenbezogenen Daten ihrer Kunden und Geschäftspartner angewiesen. Vom Namen und der Adresse bis hin zur Kreditkartennummer und den Produktvorlieben – es findet sich kaum ein Unternehmen, welches diese Informationen nicht aufnimmt, katalogisiert und langfristig aufbewahrt. Dabei handelt es sich oft um Daten, von denen der Einzelne nicht will, dass sie in falsche Hände geraten oder gar veröffentlicht werden.

Gerade die gewaltige Menge an gespeicherten Daten bei Unternehmen erhöht aber das Risiko, dass genau dieser Fall eintritt. Als Reaktion wurde auf EU-Ebene die neue Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO) verabschiedet. Sie gilt ab 25. Mai 2018 und ist auch in Österreich unmittelbar, d.h. direkt anwendbar. Das ist mittlerweile vielen Personen bekannt. Darin sind u.a. umfassende Informations- und Betroffenenrechte bzw. -pflichten geregelt, je nachdem aus welchem Blickwinkel man es betrachtet. Eines der deklarierten Ziele des Gesetzgebers war die Stärkung und Präzisierung der Rechte der betroffenen Personen. Die Einzelperson (der „Betroffene“), kann mit Ausübung ihrer Rechte u.a. kontrollieren, welcher „Verantwortliche“ welche Daten über sie verarbeitet. Verantwortliche



Datenschutz ist in Europa definiert als „Schutz der Privatsphäre natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten“ (RL 95/46/EG)“. Im Zeitalter der Digitalisierung stehen Gesetzgeber und Gesellschaft damit vor großen Herausforderungen.

FOTO: UNIVERSITY OF LIVERPOOL HUMANISTS SOCIETY, CC BY-SA 3.0, WIKIMEDIA COMMONS

müssen hierbei nicht nur die Betroffenenrechte beachten, sondern darüber hinaus auch selbstständig umfangreiche Pflichten wahrnehmen.

Der Betroffene kann u.a. auch die Berichtigung falscher Daten oder, falls eine Aufbewahrung nicht mehr zulässig ist, die Löschung derselben verlangen. Darüber hinaus kann ein Einzelner beim Wechseln von einem Anbieter zu einem anderen vom alten Anbieter verlangen, seine Daten an den neuen Anbieter zu übermitteln. Alle diese Möglichkeiten können auch mit staatlicher Hilfe (der jeweiligen nationalen Datenschutzbehörde und der Gerichte) durchgesetzt werden.

Der Verantwortliche muss darauf vorbereitet sein, Anträgen von Betroffenen kurzfristig entsprechen zu können. Darüber hinaus muss er aber auch sichergehen, dass die Verarbeitung nur aufgrund einer konkreten Rechtsgrundlage geschieht. Diese muss sich auf den ganz konkreten Zweck der Datenverarbeitung beziehen. (Nur) der Zweck und die Rechtsgrundlage heiligen die Mittel: Datenschutz ist ein Grund- und Freiheitsrecht.

In vielen Bereichen, vor allem im Marketing, ist eine Einwilligung des Betroffenen notwendig. Diese muss sich auf einen konkreten Verarbeitungszweck beziehen und kann

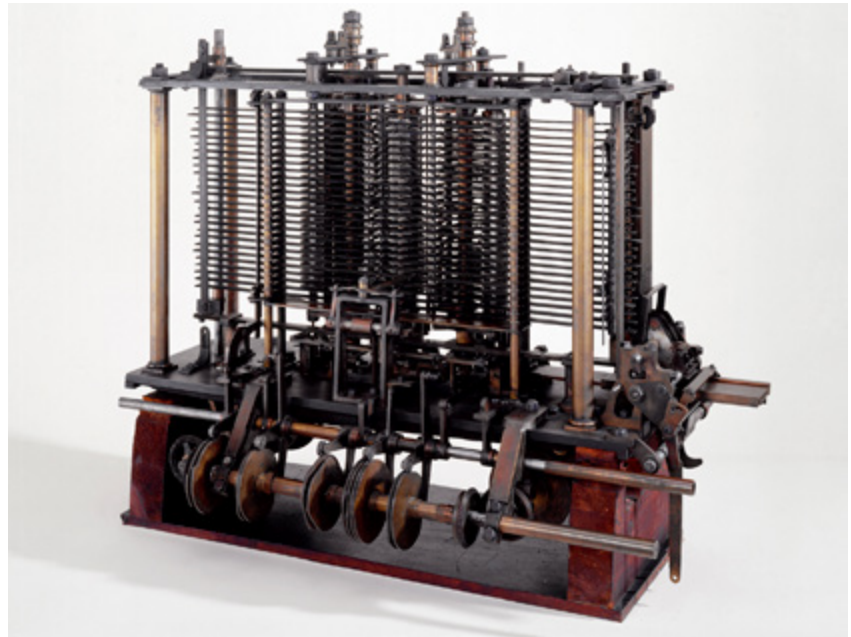
jederzeit widerrufen werden. Hier ist besondere Transparenz erforderlich. Auch ist sicherzustellen, dass dem Stand der Technik entsprechende, aber auch organisatorische Maßnahmen zur Datensicherheit getroffen werden.

Diese und weitere Grundsätze sind nicht völlig neu. In zwei Punkten schafft die DSGVO aber jedenfalls neue Verhältnisse: Zum einen ist sie im gesamten europäischen Binnenmarkt unmittelbar anwendbar und hat Anwendungsvorrang gegenüber (entgegenstehenden) nationalen Regelungen.

Zum anderen drohen nun bei Rechtsverstößen enorme Strafen. Kannte das österreichische Datenschutzrecht bis zu diesem Zeitpunkt „nur“ Höchststrafen im unteren fünfstelligen Bereich, ist der Strafrahmen quasi explodiert. Mit der DSGVO sind es nun nämlich bis zu 20 Millionen Euro oder vier Prozent des weltweiten Jahresumsatzes (je nachdem, was höher ist), welche drohen. Strafen müssen zwar immer dem Fall entsprechend gefasst werden; doch selbst eine „Mindestbemessung“ im Promillebereich kann schmerzhaft sein.

Nicht nur Unternehmer und Behörden müssen sich vorbereiten. Jede natürliche oder juristische Person und jede Personengemeinschaft muss sich die wesentliche Frage stellen: Muss ich oder müssen wir meinen bzw. unseren Umgang mit Daten von Personen bis 25. Mai 2018 umstellen? Und wenn ja, wie?

Gleich vorweg: Die Datenverarbeitung durch natürliche Personen für private und familiäre Tätigkeiten ist von der DSGVO selbst grundsätzlich ausgenommen. Tatsächlich zielt die DSGVO hauptsächlich auf Unternehmen und Behörden ab.



Die Analytical Engine des britischen Mathematikprofessors Charles Babbage (1791–1871) stellte einen wichtigen Schritt in der Geschichte des Computers dar. Welche Folgen diese Entwicklungen für den Datenschutz haben würden, war seinerzeit wohl unabsehbar.

FOTO: VON SCIENCE MUSEUM LONDON CC BY-SA 2.0, WIKIMEDIA COMMONS

Vor allem sind auch Vereine, die „regelmäßig“ einer wirtschaftlichen Tätigkeit nachgehen, von der DSGVO betroffen. Hierbei kann noch nicht genau gesagt werden, ob nicht auch gemeinnützige Vereine mitumfasst sind, zumal auch diese regelmäßig in irgendeiner Form wirtschaftlich tätig sind. Bis zu einer Klärung durch die zuständigen Behörden bzw. Gerichte wird man davon ausgehen müssen, dass auch hier die Vorgaben der DSGVO gelten.

Diese umfassen etwa auch die Erstellung sogenannter Verarbeitungsverzeichnisse. Diese ersetzen aus österreichischer Sicht das bisherige Datenverarbeitungsregister. Bald liegt es an jedem Verantwortlichen, selbst Verzeichnisse zu erstellen und zu dokumentieren, in welcher Form mit welchen Daten im Verein und Verband umgegangen wird.

Dabei werden Vereine und Verbände nur schwer umhinkommen, ihrer jetzige Praxis beim Umgang mit personenbezogenen Daten einer Inventur zu unterziehen und datenschutzfit zu werden. Es kommt also nicht nur viel Arbeit auf Unternehmen und Behörden, sondern auch auf andere Verantwortliche zu.



MAG. MARTIN J. WALSER (RRL)

ist Rechtsanwalt in Wien und Partner der auf IP-/IT- und Datenschutzrecht spezialisierten Kanzlei PENDL MAIR. Co-Autor Mag. Sebastian Feurstein (Nc) ist Rechtsanwaltsanwärter ebendort.

KOLUMNEN



PATRIA - WIR SPRECHEN ÖSTERREICHISCH

Das Hohe Haus und der Rauchfang

Nein, es geht nicht um die Nationalratswahl und auch nicht um die Renovierung des Parlamentsgebäudes. Aber mit dem „Hohen Haus“ ist sehr wohl das österreichische Parlament gemeint. Dort wurde vor einiger Zeit die Aktualisierung der österreichischen Gewerbeordnung behandelt und die Debatte darüber im österreichischen Fernsehen direkt übertragen. Und in der Debatte ging es auch um das Gewerbe der österreichischen Rauchfangkehrer. Und da ergriff, zu hören in der Direktübertragung des österreichischen Fernsehens, eine österreichische Abgeordnete zum österreichischen Nationalrat aus der schönen österreichischen Steiermark das Wort zum Thema österreichische RAUCHFANGKEHRER, aber sie redete immer über die SCHORNSTEINFEGER. Dieses Wort kommt natürlich in der österreichischen Gewerbeordnung überhaupt nicht vor. Aber was geht im Gehirn, oder im Gemüt, oder in was sonst auch immer, dieser österreichischen Abgeordneten zum österreichischen Nationalrat vor? Es handelt sich bei dieser Groteske offensichtlich um eine Art von „geistigem Kurzschluss“. Dieser bewirkt, wie leider bei vielen anderen Österreichern auch, dass unterschwellig die Ansicht entsteht, es sei das, was man etwa in den bundesdeutschen Fernsehsendern zu hören bekommt, das „richtigere Deutsch“, womit „die österreichische Varietät der deutschen Sprache“ (wie es wissenschaftlich heißt) in die Rolle eines Dialekts zurückgedrängt wird. Und das gipfelt dann darin, dass die besagte Abgeordnete glaubt, hier mental und verbal auch jene Gesetzesvorlage korrigieren zu müssen, die schriftlich vor ihr liegt und anders lautet. Ich hoffe, dass die geneigten couleurstudentischen Leser soweit sprachlich sensibilisiert sind, dass sie nicht in diese Falle tapsen. Und dass sie wissen, dass das österreichische Hochdeutsch (Rauchfang) eben genau so Hochdeutsch ist (wie Schornstein) und nicht etwas Zweitrangiges ist. Was die steirische Volksvertreterin betrifft ist zu hoffen, dass sie in sprachlicher Hinsicht nicht repräsentativ für die von ihr vertretene Bevölkerung ist.

Wieland

LIEBE KARTELLBRÜDER!



Während ich diese Zeilen schreibe, sitze ich mit einem Glas gemütlich auf einem Platz in Rom und habe die Möglichkeit, die Leute ein wenig zu beobachten. Insbesondere liegen mir natürlich die Römer am Herzen, die ihren Lebensstil irgendwo zwischen Savoir-vivre und Dolce far niente pflegen – ein Stil, der gerade dem Gentleman eigen sein sollte, der diesen längst lebte, als das neudeutsche Wort „Entschleunigung“ noch gar nicht von angeblichen Germanisten erfunden wurde.

Genau dieses Lebensgefühl aber, verbunden mit persönlichen Werten, denen wir Couleurstudenten in unseren vier Prinzipien Ausdruck verliehen haben, sollte für uns ein Ideal sein, indem wir zeigen, dass Erfolg im Leben nicht zwingenderweise mit Stress, Hast und Unruhe zu tun hat, sondern durchaus mit Souveränität, Kompetenz und dem nötigen Augenzwinkern verbunden sein kann.

Gerade jetzt, wo für viele der größte Stress im Jahreskreis begonnen hat oder eben vorbei ist, wo die Advent- und Weihnachtszeit nicht der Besinnung auf Traditionen und liebgewonnene Bräuche, sondern der größtmöglichen Anzahl an Punschstandlbesuchen und Weihnachtsfeiern dient, sollten wir als katholische Elite vorangehen und uns auf´s Wesentliche besinnen, nämlich das Fest der Geburt unseres Herren und die Konzentration auf die Familie, zu der natürlich für Farbstudenten nicht nur die Blutsverwandtschaft, sondern auch die Familie der eigenen Korporation zählt. Und wenn wir dieses Gefühl dann verinnerlicht haben, können wir es ja als Neujahrsvorsatz (der ja nicht zwingend am zweiten Jänner gebrochen werden muss) in´s Jahr 2018 mitnehmen.

Genießen wir die kommenden Tage mit Freunden und Verwandten, „entschleunigen“ wir unser Leben und konzentrieren wir uns auf´s Entscheidende.

Dies wünscht Euch allen, das Glas in Rom auf unsren MKV erhebend,

Euer

Gambrius

FREIHEIT, TUGEND UND MARKT

Samuel Gregg, der in Oxford im Bereich Moralphilosophie und Politische Ökonomie promovierte und als Forschungsdirektor für das Acton Institute tätig ist, widerlegt mit einer Fülle von Belegen (das Quellenverzeichnis macht mehr als 20 Seiten aus) die Darstellung, wonach das Christentum im (oft konstruierten) Widerspruch zur Marktwirtschaft stehe. Marktwirtschaft ist mit dem Christentum nicht nur vereinbar, sondern vielmehr die wirtschaftliche Ordnung, die dem christlichen Leben entspricht.

Wobei der Titel schon klar macht, dass es in „Für Gott und den Profit“ um das Finanzwesen geht. Gregg behandelt die Frage des angeblichen Zinsverbotes genauso wie den (verwerflichen) Wucher oder die Nutzung politischer Macht, um Vorteile



zu erlangen. Anhand zahlreicher Quellen belegt er aus christlicher Sicht die Ablehnung der Geldentwertung durch den Staat, beschäftigt sich mit dem „moral hazard“, der durch staatliche Eingriffe zur Trennung von Risiko und Verantwortung (Stichwort Gewinne privatisieren und Verluste sozialisieren) attraktiv erscheint, und argumentiert gegen Monopole.

Samuel Gregg:

„Für Gott und den Profit. Eine Ethik des Finanzwesens. Christlich – marktliberal“,

Herausgeber: Austrian Institute of Economics and social Philosophy, Verlag Herder, Freiburg – Basel – Wien 2017, gebunden, 264 Seiten, ISBN 978-3-451-37970-3; 25 Euro.

ÜBER DEN ZUSTAND DER REPUBLIK

Regelmäßige Leser der Tageszeitung „Die Presse“ kennen Josef Urschitz und seine Artikel, Kommentare, Analysen über die Wirtschaftspolitik und die Lage in Österreich. Mit großem Hintergrundwissen seziiert der Wirtschaftsjournalist die Fehlent-



wicklungen in diesem Land, zeigt die Missstände auf und bringt immer wieder auch Verbesserungsvorschläge. Wer Urschitz regelmäßig liest, wird also in „Stillstand“ kaum Neuigkeiten finden. Dafür aber findet man in dem Buch kompakt zusammengefasst eine schonungslose Lageanalyse, sowie – am Ende des Buches – eine Reihe von Vorschlägen, wie man den Reformstau überwinden kann.

Schonungslos geht Urschitz mit der Sozialpartnerschaft ins Gericht, die nach dem Zweiten Weltkrieg ein Stabilitätsfaktor war und mitgeholfen hat, Österreich zu einem der wohlhabenden Länder zu machen, die aber heute in sich selbst erstarrt ist. Die extrem hohe Steuerbelastung, der undurchsichtige Förderwahnsinn werden genauso behandelt wie die Kontrolle des Parlaments durch die Kammer und die Landeshauptleute.

Josef Urschitz:

„Stillstand – wie der Reformstau unseren Wohlstand gefährdet“,

Molden Verlag 2017, 160 Seiten, Hardcover mit Schutzumschlag, ISBN 978-3-222-15003-6; 19,90 Euro.

*Erhältlich in allen Buchhandlungen,
direkt bei Shaker Media und beim Autor
(mit Widmung, zzgl. Versandkosten).*

LESERBRIEFE

Leserbriefe werden gerne unter couleur@mkv.at entgegengenommen. Die Redaktion behält sich Kürzungen und freie Auswahl vor – aus Platzgründen ist es uns nicht möglich, alle Zuschriften in voller Länge zu veröffentlichen.

Ohne näher auf bestimmte Personen eingehen zu wollen, möchte ich Euch ein großes Lob aussprechen, die (bekannten) Kandidaten aller(!) wahlwerbenden Parteien für die Nationalratswahl 2016 darin zu finden. Darin sehe ich Demokratie, wie ich sie verstehe.

Michael Schimpl (VBW)

Heute habe ich das Couleur-Heft Herbst 2017 vorgefunden: Titelblatt „Ich bin doch nicht blöd, Mann!“. Wem ist denn dieser Sch...marrn eingefallen? Nach meinem Empfinden ein SuperGAU!

Da schreibe ich in meinem letzten (noch gar nicht veröffentlichten) Artikel, dass leider viele Österreicher der Ansicht sind, es sei das, was man etwa in den bundesdeutschen Fernsehsendern zu hören bekommt, das „bessere Deutsch“ ist, und dass ich hoffe, dass die „geneigten couleurstudentischen Leser“ soweit sprachlich sensibilisiert sind, dass sie

nicht in diese Falle tapen. – Und was passiert noch vor Erscheinen dieses Artikels? Nicht der couleurstudentische Leser, sondern die couleurstudentische Redaktion höchstpersönlich tapst in diese Falle und kleistert dieses piefkinesische Prachtstück auf die Titelseite! Ohne jede sachliche Notwendigkeit und ohne einen für mich erkennbaren direkten Zusammenhang mit dem Inhalt, nur so, weil's vielleicht lustig ist und/oder originell sein soll. Mir bleibt das Lachen im Halse stecken! Außerdem war das „Ich bin doch nicht blöd“ lange Zeit der Slogan der Elektro-Handelskette „Media-Markt“. Ich hoffe, die haben wenigstens was gezahlt dafür! Das ist also die von mir so herbeigewünschte sprachliche Sensibilität. Es ist zum Verzweifeln!

Ing. Mag. Ernst Strommer (VDW)

Mit Freude habe ich in der dritten Ausgabe des Magazins den Artikel zum Europäischen Austauschprogramm Erasmus gelesen. Nicht nur, dass dieses Programm als eines der



wichtigsten europäischen Projekte gesehen wird, ist der Austausch von Wissen, Erfahrung und Erlebnissen ungemein bereichernd für jeden Menschen aber auch für jede Gesellschaft. Schade, dass es diese Möglichkeit zu meiner Studienzeit noch nicht gab. Umso mehr darf ich allen Studenten diese einmalige Chance ans Herzen legen. Das Europäische Parlament hat das Programm auch ausgeweitet, unter anderem auf Jungunternehmer. Infos unter www.erasmus-entrepreneurs.eu. Keine theoretische Bildung kann praktische Erfahrungen ersetzen. Europa lebt hier auch im besten Sinne das so wichtige Prinzip ‚scientia‘.

MEP Dr. Paul Rübiger (FRL)

IMPRESSUM

Herausgeber: Mittelschüler-Kartell-Verband der katholischen farbentragenden Studentenkorporationen Österreichs (MKV)
Laudongasse 16, 1080 Wien; **Telefon:** 01/523 74 34-0, **Fax:** 01/523 74 34-9,
E-Mail: kanzlei@mkv.at, Internet: www.mkv.at; **ZVR-Zahl:** 646503058

Geschäftsführer: Walter Gröbinger (OCW).
Vorstand: Walter Gröbinger (OCW), Sebastian Skupa (AMV), Dr. Edgar Hauer (MEG), Dr. Gregor Jansen (SOP).

Chefredakteur: Philipp Jauernik (FRW), couleur@mkv.at
Mitarbeit: Tobias Klaghofer (VBW), Rainhard Kloucek (Lp)

Cover: European Defence Agency
Fotos: Sofern nicht anders angegeben: KFS Mediacampus, MKV, privat

Layout: Gebrüder Pixel Kränkl & Sandpeck OG, Schließmanngasse 18/2, 1130 Wien, +43 676 3355520. **Auflage:** 25.000 Stück
Verkaufspreis: EUR 3,-, Jahresabo EUR 12,- (inkl. Porto Österreich)

Druck, Produktion & Anzeigenverwaltung: Kny & Partner, Parkstraße 2/16, 2340 Mödling, Telefon: 0043 676 310 67 14, office@knyundpartner.com
Verkaufsstellen: MKV-Kanzlei, Adresse s.o.; WStV-Kanzlei, Wien 8., Laudongasse 16; Denkmeyr Thomas, im Hatric 1, 8230 Hartberg; Wacker Norbert, Hall/Tirol, Oberer Stadtplatz 9; Wacker Martin, Innsbruck, Museumsstraße 38, Sezemsky Josef, Innsbruck, Bruneckstraße 162

Blattlinie: Das Couleur ist die österreichweite Verbandszeitung des Mittelschüler-Kartell-Verbandes und als solche politisch unabhängig. Ziel ist die Information aller Mitglieder und Interessenten im Rahmen eines kritischen, auf den Grundsätzen des MKV aufbauenden Jugend- und Mitgliedermagazins. Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht der Meinung des Herausgebers entsprechen.

**Raiffeisen
Meine Bank**



Veranlagen heißt Vertrauen:

Österreichs Nr. 1, wenn es ums Sparen und Anlegen geht.

Beim Sparen und Anlegen kann man heute viele Wege gehen. Ganz gleich, für welchen Sie sich entscheiden – wichtig ist ein Berater, der weiß, welche Spar- oder Anlageform die richtige für Sie ist. Mehr unter [raiffeisen.at/anlegen](https://www.raiffeisen.at/anlegen)

come incite

IT-Dienstleister und Unternehmensberater sind DIE Sparringpartner der österreichischen Unternehmen. Zeigen Sie Ihre Kompetenz! Initiieren und begleiten Sie den digitalen Wandel Ihrer Klienten!

GEFÖRDERTE WEITERBILDUNG & QUALIFIZIERUNG

BASISWORKSHOP UND ZERTIFIZIERUNG DIGITAL CONSULTANT

Basisworkshop „**Digital Consultant** – Alles zur Digitalisierungsberatung“
Option: Zertifizierung „**Certified Digital Consultant**“



LEHRGANG UND ZERTIFIZIERUNG E-COMMERCE

Vertiefungslehrgang „**eCommerce Handel 4.0** – Digitalisierung mit Kundenfokus“
Option: Zertifizierung „**Certified eCommerce Expert**“



LEHRGANG DIGITALLOTSE

Vertiefungslehrgang „**Digitallotse** – Die digitale Transformation begleiten“
Option: Zertifizierung „**Certified Digital Consultant**“ (bei Besuch Basisworkshop)



LEHRGANG UND ZERTIFIZIERUNG DATA & IT SECURITY

Vertiefungslehrgang „**Data & IT Security** – IT- und Datensicherheit kompakt“
Option: Zertifizierung „**Certified Data & IT Security Expert**“



LEHRGANG & ONLINE PRÜFUNG DSGVO

Vertiefungslehrgang „**DSGVO – Geprüfte/r Datenschutzexpertin/-experte**“



Für Ihre Fragen stehen wir gerne zur Verfügung.
E-Mail: office@incite.at | Telefon: +43 (0) 5 90 900-3792
incite GmbH | Wiedner Hauptstraße 57 | 1040 Wien
www.incite.at | <http://facebook.incite.at>

incite
DIE QUALITÄTSAKADEMIE
DES FACHVERBANDES ÜBIT